

Barbara Würnstl

## VOM RÜSTUNGSWERK ZUR IDEALSTADT

### Urbanistische und militärische Interdependenzen in der Planung der Vertriebenenstadt Waldkraiburg und dem zeitgenössischen Theoriekontext<sup>1</sup>

Die oberbayerische Kleinstadt Waldkraiburg, etwa 80 Kilometer östlich von München am Inn gelegen, ist mit ihren 24 000 Einwohnern die größte Stadt des Landkreises Mühldorf. Erwähnenswert wird dies vermutlich erst angesichts der Tatsache, dass es sich mit 60 Jahren auch um dessen jüngste Stadt handelt (Abb. 1). Waldkraiburg ist eine der fünf so genannten Vertriebenenstädte in Bayern, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurden.<sup>2</sup> Sie leisteten einen – prozentual allerdings kleinen – Beitrag zur dauerhaften Unterbringung von Vertriebenen und Flüchtlingen, deren Hauptanteil in Bayern aus den böhmischen Ländern stammte. Doch diese neuen Städte waren weder eine Erweiterung vorhandener Dörfer, noch entstanden sie auf der grünen Wiese. Den Ausgangspunkt bildete für alle fünf das Gelände ehemaliger, Ende der 1930er Jahre angelegter Rüstungswerke, wobei die nach Kriegszerstörung und nachträglichen Sprengungen verbliebene Bebauung zu großen Teilen in die neu entstehende Form einbezogen wurde. Bei den Vertriebenenstädten handelte es sich um Neuplanungen, die zugleich eine vorhandene (Infra-)Struktur berücksichtigen konnten und mussten.

Schon in den architekturtheoretischen Debatten der 1920er und 1930er Jahre hatte die Konzeption neuer „funktionaler Städte“ eine bedeutende Rolle gespielt.<sup>3</sup> Mit den „new towns“ in Großbritannien wurden in der Nachkriegszeit erstmals in großem Umfang Städte vom Reißbrett realisiert, was im übrigen Europa mit Interesse verfolgt wurde.<sup>4</sup> Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass die Vertriebenenstädte als die ersten tatsächlichen Neugründungen der Bundesrepublik in der Literatur zum Wiederaufbau in Deutschland bisher nicht thematisiert und auch nicht im Kontext der Planungstheorien der Nachkriegszeit analysiert wurden.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Der Text stellt einen Auszug aus meiner Magisterarbeit am Institut für Kunstgeschichte der Universität Leipzig dar, auf der ein Dissertationsvorhaben über die Vertriebenenstädte in Bayern als städtebauliches Phänomen der Nachkriegszeit aufbaut.

<sup>2</sup> Neben Waldkraiburg gehören Traunreut und Geretsried in Oberbayern in diese Reihe, sowie Neutraubling bei Regensburg und Kaufbeuren-Neugablonz im Allgäu; bei der letzten Neugründung handelt es sich zwar um einen Stadtteil, dieser kommt in Größe und Ausstattung allerdings einer eigenständigen Stadt nahe.

<sup>3</sup> Titel der CIAM-Tagung (Congrès International d'Architecture Moderne) im Jahr 1933. – Vgl. dazu z.B. *Albers*, Gerd: Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa. Braunschweig 1997, 193–195.

<sup>4</sup> *Fbenda* 213 f.

<sup>5</sup> Unter dem Schlagwort der „neuen Städte“ wurden in den 1950er und 1960er Jahren ent-



Abb. 1: Luftbild der Stadt Waldkraiburg von 1960.

Die wirtschaftsgeografischen Publikationen zu den bayerischen Vertriebenenstädten, die in großer Zahl erschienen sind, beschäftigen sich hauptsächlich mit den landesplanerischen Auswirkungen der Industrieansiedlung in bis dahin agrarisch geprägten Regionen.<sup>6</sup> Der ehemalige Leiter der Ortsplanungsstelle, Otto Schütz, macht in seiner umfangreichen Arbeit zu den „neuen Städten und Gemeinden in Bayern“ einige Angaben zur Stadtkonzeption,<sup>7</sup> allerdings wird hier aus einer subjektiven und normativen Expertensicht der 1960er Jahre geschrieben, die zudem lückenhaft bleibt.<sup>8</sup> Obwohl daneben zahlreiche geografische Abschlussarbeiten entstanden sind, analysiert nur ein 1955 als Seminararbeit verfasster Text auch die Stadtplanung einer Vertriebenenstadt. Die Autorin zeigt für das Beispiel Waldkraiburg die grundsätzlichen Komponenten der Planung auf, allerdings ohne theoretische Einbettung und ohne Bezugnahme auf das Rüstungswerk.<sup>9</sup> Eine 1954 erschienene Monografie und ein 1959 entstandener Aufsatz der Soziologin Elisabeth Pfeil untersuchen die Vertriebenenstädte im städtebauteoretischen Kontext und ziehen unter anderem Vergleiche zu den englischen Neugründungen, gehen dabei aber nicht auf die konkrete Stadtplanung im Einzelfall ein.<sup>10</sup>

---

standene Großwohnsiedlungen geführt und untersucht, ohne die Vertriebenenstädte in diesen Kontext einzubeziehen. Vgl. z. B. *Irion, Ilse/Sieverts, Thomas*: Neue Städte. Experimentierfelder der Moderne. Stuttgart 1991. – *Düwel, Jörn/Gutschow, Niels*: Städtebau in Deutschland im 20. Jahrhundert. Ideen – Projekte – Akteure. Stuttgart, Leipzig, Wiesbaden 2001, 191 f. – Zum Wiederaufbau in der Bundesrepublik vgl. außerdem *Durth, Werner/Gutschow, Niels*: Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands. 2 Bde. Braunschweig, Wiesbaden 1988. Oder als gekürzte Taschenbuchausgabe *Dies.*: Träume in Trümmern. Stadtplanung 1940-1950. München 1993. – *Diefendorf, Jeffrey M.*: In the Wake of War: The Reconstruction of German Cities after World War II. New York 1993.

<sup>6</sup> Vgl. z. B. *Guthsmuths, Willi*: Die Eingliederung als Gegenstand der Landesplanung. In: Raumforschung und Raumordnung 16 (1958) H. 3, 129-139. – *Witzmann, Karlheinz*: Die Bedeutung der drei neuen Gemeinden Oberbayerns. In: Waldkraiburg – Geretsried – Traunreut. Sonderausgabe der Zeitschrift „Bayerland“. München o. J. [1960/61] 34-40. – *Maier, Jörg u. a.*: Die neuen Städte und Gemeinden in Bayern und ihre Entwicklung seit 1963. Hannover 1986 (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover/Beiträge 94).

<sup>7</sup> *Schütz, Otto*: Die neuen Städte und Gemeinden in Bayern. Hannover 1967 (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen Bd. 48).

<sup>8</sup> Zur städtebaulichen Entwicklung Waldkraiburgs 74-77. Eine knappe Zusammenfassung für alle Städte findet sich auf 191-196.

<sup>9</sup> *Schuster, Grete*: Waldkraiburg als Beispiel einer geplanten Siedlung. Wirtschaftsgeographische Hausarbeit. Technische Hochschule München 1955. [Maschinenschrift].

<sup>10</sup> In der Monografie von 1954 sollte anhand der bayrischen Stadtgründungen das Programm des so genannten Illgner-Plans, der vorsah, die Idee der Stadtgründung auf ehemaligen Rüstungswerken als Ansiedlungskonzept für Vertriebene auf die ganze Bundesrepublik auszuweiten, auf seine Umsetzbarkeit untersucht werden. Der ehemalige I. G.-Farben-Chef Max Illgner, der zeitweilig die Planungsgruppe für die in Nordrhein-Westfalen entstandene Vertriebenenstadt Espelkamp geleitet hatte, veröffentlichte seine Idee 1949 als Denkschrift und setzte die von ihm mitgeplante Stadt als Modell. *Pfeil, Elisabeth*: Neue Städte auch in Deutschland. Stadtgründungen auf der Grundlage gewerblicher Flüchtlingsunternehmen. Göttingen 1954 (Monographien zur Politik 3). – *Dies.*: Städtische Neugründungen. In: *Lemberg, Eugen/Edding, Friedrich*: Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre

Das Gros der Literatur besteht aus Jubiläumsschriften, Stadtchroniken und ähnlichen Texten der Heimatliteratur zu diesem Thema. Hier werden die Städte isoliert betrachtet, die Texte lassen eine zeithistorische Einordnung, vor allem der städtebaulichen Planung, kaum zu und liefern gattungsbedingt meist keine Quellenbelege.<sup>11</sup> Auch in einigen Texten des sudetendeutschen Volkskundlers Alfred Karasek-Langer, der sich als einer der ersten seines Faches mit der Integration der Vertriebenen in den Ankunftsgebieten beschäftigte, werden die Vertriebenenstädte als Neugründungen thematisiert. Karasek-Langers Deutungen und Vokabular sind jedoch mit Vorsicht zu genießen, etwa wenn er die Stadtgründungen verklärend als Fortsetzung der mittelalterlichen „Ostkolonisation“ interpretiert, für die die Sudetendeutschen quasi prädestiniert gewesen seien: Die Stadtgründungen „beweisen, daß in unserem Volke trotz langer Pause die Kraft dazu noch nicht erloschen war.“<sup>12</sup>

Eine sachlichere Einschätzung findet sich in der Geschichtswissenschaft, die die Vertriebenenstädte im Kontext der Nachkriegsintegration in Bayern thematisiert hat. Hier liegt der Fokus vor allem auf wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Fragen. Für städtebauliche Aspekte, aber auch für eine detaillierte Behandlung der Akteursgruppen und Entscheidungsprozesse fehlt in dieser Perspektive der Raum.<sup>13</sup>

---

Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Bd. I. Kiel 1959, 500-520. – *Oberpenning*, Hannelore: „Arbeit, Wohnen und eine neue Heimat ...“. Espelkamp – Geschichte einer Idee. Essen 2002, 45.

<sup>11</sup> Daher wurden sie für die dem Aufsatz zugrunde liegende Arbeit als Quellen herangezogen. In der Neuauflage der Waldkraiburger Stadtchronik von 1999 aus dem Jahr 2009 werden allerdings verwendete Quellen und Literatur im Anhang der Aufsätze angegeben. Vgl.: *Lindner*, Walter: Waldkraiburg: Vom Bunker zur Siedlung. Die vierjährige Geschichte einer Industriesiedlung von Heimatvertriebenen in Oberbayern. München 1950. – *Franz*, Georg (Red.): Waldkraiburg: 1. April 1950 - 1. April 1955: ein Rechenschaftsbericht. Waldkraiburg 1955. – *Brand*, Walter (Red.): 10 Jahre Waldkraiburg: 1950-1960. Hg. von der Gemeindeverwaltung Waldkraiburg, Waldkraiburg 1960. – *Ders.*: Waldkraiburg, die Stadt im Grünen. In: Waldkraiburg – Geretsried – Traunreut 7-15 (vgl. Anm. 6). – Aus Trümmern entstand die lebendige in die Zukunft drängende Stadt Waldkraiburg. Hg. von der Stadt Waldkraiburg. München 1970. – *Kern*, Konrad (Hg.): Waldkraiburg erzählt. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 1999. – *Ders.* (Hg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. 2., völlig überarb. Auflage. Waldkraiburg 2009.

<sup>12</sup> *Karasek-Langer*, Alfred: Neue Städte wachsen. In: Waldkraiburg – Geretsried – Traunreut 1 (vgl. Anm. 6). – Die neuen Siedlungen werden auch als „Spätphase der Binnenkolonisation“ kategorisiert, wobei die für die Stadtgründung notwendige Selbstdisziplin ein „bezeichnendes psychologisches Merkmal der Heimatvertriebenen“ sei. *Ders.*: Neusiedlungen in Bayern nach 1945. In: Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen 2 (1956) 24-102, hier 26 f.

<sup>13</sup> Die konkrete Behandlung des Themas bleibt die Ausnahme, wie etwa ein Aufsatz von Walter Ziegler aus dem Jahr 2003, der besonders auf die integrationssoziologische Sonderrolle von Neugablonz eingeht. Die zweibändige Aufsatz- und Quellensammlung, die 1984 von Friedrich Prinz herausgegeben wurde, bietet zu einzelnen Städten gut belegte Erläuterungen; auf die Zusammenhänge der Einzelentscheidungen wird jedoch nicht oder nur oberflächlich eingegangen. Eine gute, aber knappe Einordnung in den Integrationskontext geben außerdem Franz Josef Bauer und in jüngerer Zeit Marita Krauss. Als aktuelle Forschungsarbeiten zum Thema der Vertriebenenstädte sind zudem die Arbeit der Volkskundlerin Elisabeth Fendl zu nennen, die die Perspektive der Bewohner Neutraublings auf die Entstehungsgeschichte der Stadt zum Untersuchungsgegenstand nimmt, sowie Hanne-

Im Folgenden wird daher der Frage nachgegangen, wie die Planung für die neue Stadt Waldkraiburg konkret aussah und wie sie einzuordnen ist. Wurde das Rüstungswerk einfach um Wohnbauten erweitert, ohne eine bestimmte Stadtform als Ziel zu haben? Orientierte man sich an den Herkunftsgebieten der neuen Bewohner oder wollte man gerade die Möglichkeit der Neugründung nutzen, um zeitgenössische Ideen umzusetzen und so nicht nur eine neue, sondern auch eine im Sinne der Zeit moderne Stadt zu bauen?<sup>14</sup> Der Aufsatz verfolgt das Ziel, die Stadtplanung im damaligen Theoriekontext des Wiederaufbaus zu untersuchen und zugleich in Bezug zum Rüstungswerk als Entstehungsort zu setzen.

Nachdem zunächst die Entstehungszusammenhänge der Stadtgründung skizziert werden, um die zeitlichen und personellen Rahmenbedingungen der Stadtplanung zu illustrieren, wird der Zustand des Sprengstoffwerks zum Zeitpunkt der Planung beschrieben. Darauf folgt eine kurze Darlegung des urbanistischen Kanons der Bundesrepublik der frühen Nachkriegszeit. Anschließend wird die konkrete Stadtplanung für Waldkraiburg rekonstruiert und zwischen Rüstungswerk und Theoriekontext verortet. Indem der Frage nach der Kontinuität städtebaulicher Vorstellungen und den Wechselwirkungen zwischen ziviler und militärischer Planung nachgegangen wird, werden architektonische, städtebauliche und konzeptionelle Zusammenhänge zwischen dem 1939 entstandenen Rüstungswerk und der 1949 erfolgten Planung für die Stadt Waldkraiburg sichtbar gemacht. In einem kurzen Ausblick wird schließlich diskutiert, ob und wie sich die Herkunftsgebiete der Bewohner städtebaulich niedergeschlagen haben.

---

lore Oberpenning's Arbeit über die nordrhein-westfälische Vertriebenenstadt Espelkamp. Ziegler, Walter: Neugablonz. Eine neue Heimat für Vertriebene. In: Schmid, Alois/Weigand, Katharina (Hg.): Schauplätze der Geschichte in Bayern. München 2003, 405-425. – Prinz, Friedrich (Hg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. 2 Bde. München 1984. – Bauer, Franz Josef: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945-1950. Stuttgart 1982 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 3) 330 f. – Krauss, Marita: Die Integration Vertriebener am Beispiel Bayerns. Konflikte und Erfolge. In: Hoffmann, Dierk/Schwartz, Michael (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. München 1999 (Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte, Sondernr.) 47-56, hier 55. – Krauss, Marita: Die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Bayern in vergleichender Perspektive. In: Dies. (Hg.): Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945. Göttingen 2008, 70-92, hier 85. – Fendl, Elisabeth: Aufbaugeschichten. Eine Biographie der Vertriebenengemeinde Neutraubling. Marburg 2006 (Schriftenreihe der Kommission für Deutsche und Osteuropäische Volkskunde in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde e.V. 91). – Oberpenning: Espelkamp (vgl. Anm. 10).

<sup>14</sup> Eine Orientierung an bekannten Stadtformen scheint Elisabeth Pfeil vorzuschlagen, wenn sie schreibt: „Was [...] wiedererstehen konnte, war vielleicht die Gewerbestadt, wie sie typisch im Sudetenland vorkam. Das Bild dieser Stadt vor Augen, konnte man vielleicht auch im 20. Jahrhundert [...] zum Städtegründer werden.“ Andere Autoren übernahmen diese Einschätzung bis in die jüngste Zeit. Pfeil: Städtische Neugründungen 502 (vgl. Anm. 9). – Karasek-Langer: Neue Städte 2 (vgl. Anm. 12). – Maier, Jörg/Tullio, Germano: Die soziale und wirtschaftliche Eingliederung von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in Bayern. München 1996, 162.

*Die Idee einer neuen Stadt und der Beginn der Stadtplanung*

Vor der Analyse und Darstellung der Stadtplanung steht die Frage, wie es überhaupt zum Bau neuer Städte auf dem Gelände ehemaliger Rüstungswerke kam. Wer traf die Entscheidung, wer initiierte das Projekt und wer förderte oder behinderte es?<sup>15</sup>

Die ersten Bewohner kamen bereits im Frühjahr 1946 in das Werk Kraiburg. Dahinter stand die Initiative eines Speditionskaufmanns aus Böhmen, Emil Lode, der im März der Bayerischen Regierung den Vorschlag unterbreitet hatte, auf dem Gelände des ehemaligen Rüstungswerkes eine Industriesiedlung für Vertriebene zu schaffen. Konkret wollte er eine komplette Stadt, nämlich das nordböhmische Gablonz (Jablonec nad Nisou) und die dort ansässige Schmuckwarenindustrie, am neuen Ort wiederaufbauen.<sup>16</sup> Dem war im Juli 1945 in München die Gründung der „Sudetendeutschen Hilfsstelle“ vorausgegangen, die sich ebenfalls um die Neuansiedlung deutscher Gewerbestädte aus der Tschechoslowakei in Bayern bemühte und für diese Idee sowohl in sudetendeutschen Städten als auch bei bayerischen Behörden warb. Seit November 1945 engagierte sich außerdem unabhängig davon eine Gruppe Gablonzer für die Neugründung ihrer Stadt auf einem Rüstungswerk bei Kaufbeuren, woraus das spätere Kaufbeuren-Neugablonz entstand. Tatsächlich unterstützte und förderte das bayerische Wirtschaftsministerium auf diese Anregungen hin verschiedene Projekte, die eine mehr oder weniger geschlossene Ansiedlung der sudetendeutschen Gewerbezweige zum Ziel hatten. In Waldkraiburg verlagerte sich der Fokus schon bald von der Ansiedlung einer einzelnen Stadt zu einer gemischten Vertriebenenstadt.<sup>17</sup>

Für die ehemaligen Rüstungswerke, die in Bayern der Kontrolle der amerikanischen Militärregierung unterstanden, hatte der Alliierte Kontrollrat jedoch im November 1945 ein Gesetz erlassen, das u. a. auch den Umgang mit Besitz des I.G.-Farben-Konzerns regelte. Dieser sollte für Reparationen genutzt und, sofern es sich um Kriegsindustrie handelte, zerstört werden. Demgegenüber sah das im Oktober 1945 erlassene Gesetz Nr. 54 der amerikanischen Militärregierung vor, ehemaliges Wehrmachtseigentum der Landwirtschaft oder zu Siedlungszwecken zur Verfügung zu stellen. Obwohl es sich bei den Rüstungswerken um Betriebe der reichseigenen Montan-Industrie-GmbH und somit um Wehrmachtseigentum handelte, wurden die Anlagen nach dem Gesetz des Alliierten Kontrollrats behandelt, weil sie von Firmen des I.G.-Farben-Konzerns betrieben worden waren.<sup>18</sup> Deshalb lehnte es die

<sup>15</sup> Die Entstehungszusammenhänge werden an dieser Stelle nur knapp skizziert, da sie im Rahmen des laufenden Dissertationsvorhabens in Bearbeitung sind.

<sup>16</sup> *Pscheidt*, Edgar: Die Ansiedlung der Graslitzer Musikinstrumentenhersteller auf dem Montan-Gelände in Kraiburg. In: *Prinz* (Hg.): Integration und Neubeginn. Bd. 1, 572 (vgl. Anm. 13). – *Kern*: Waldkraiburg schaut zurück 149 (vgl. Anm. 11).

<sup>17</sup> Die „Hilfsstelle“ fungierte dabei zwar nicht als Dachorganisation, aber als Treffpunkt für die verschiedenen Akteursgruppen. Vgl. *Bauer*: Flüchtlingspolitik, 254-263 (vgl. Anm. 13). – *Stelzle*, Walter: Die Sudetendeutsche Hilfsstelle. In: *Prinz* (Hg.): Integration und Neubeginn. Bd. 1, 83-96 (vgl. Anm. 13). – Zu den Ansiedlungsprojekten siehe z.B. *Dusik*, Bärbel: Die Gablonzer Schmuckwarenindustrie. In: *Prinz* (Hg.): Integration und Neubeginn. Bd. 1, 482-513 (vgl. Anm. 13). – *Pscheidt*: Die Ansiedlung 560-595 (vgl. Anm. 16).

<sup>18</sup> *Hemken*, Ruth (Hg.): Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen

amerikanische Militärregierung in Bayern zwar ab, mit den Sprengstoffwerken nach Gesetz Nr. 54 zu verfahren, wie es der bayerische Ministerpräsident vorgeschlagen hatte, stellte aber deren entsprechende spätere Nutzung in Aussicht:

The plant [Werk Kraiburg, B.W.], belonging to Montanindustrie A.G., does not fall under law 54. [...] In the case of all Montan plants and other Reich owned companies, when stripped of reparations equipment and war potential destroyed, they will be made available following the same process as with law 54 properties for resettlement or use of small industry.<sup>19</sup>

Anders als in dem Schreiben formuliert, begannen Sprengungen, Demontagen und Ansiedlungen jedoch nahezu gleichzeitig und liefen bis zum Sommer 1948 parallel ab. Im Februar 1946 wurde der erste Bunker gesprengt, ab April 1946 wurde das Holzbarackenlager des Werkes als Flüchtlingslager genutzt, während das bayerische Wirtschaftsministerium erste Firmen in die Gebäude des Produktionsgeländes einwies.<sup>20</sup>

Die ersten Unternehmer schlossen sich im Januar 1947 zur „Industriegemeinschaft Werk Kraiburg/Inn“ zusammen und forderten als Interessenvertretung der ersten Bewohner die bayerische Regierung auf, die Siedlungsbemühungen zu unterstützen.<sup>21</sup> Im Sommer des gleichen Jahres fertigte der aus Reichenberg (Liberec) stammende Architekt Hubert Rösler den ersten Siedlungsplan für die „Industriegemeinschaft“ an. Rösler war im Frühjahr 1946 auf Bitten von Emil Lode in das Werk Kraiburg gezogen und hatte im Sommer desselben Jahres eine Schätzung der Gebäude für das in Kaufbeuren geplante Neu-Gablonz erstellt.<sup>22</sup> Als Stadtplaner war Rösler, der später zum ersten Bürgermeister der Gemeinde gewählt wurde, zuvor nicht tätig gewesen, vielmehr hatte er sich während des Kriegs auf die Herstellung von Holzbaracken spezialisiert, für deren Gesamtproduktion im „Reichsgau Sudetenland“ er schließlich zuständig war.<sup>23</sup> Im Dezember 1947/Januar 1948

---

Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle. Direktiven im englischen Originalwortlaut mit deutscher Übersetzung, 3. Aufl. Stuttgart 1949. – „Gesetz Nr. 54: Nutzung von Vermögen der Wehrmacht. Militärregierung Deutschland – Amerikanische Zone.“ In: *Prinz* (Hg.): *Integration und Neubeginn*. Bd. 2, 1309-1311 (vgl. Anm. 13).

<sup>19</sup> Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA), Office of Military Government for Bavaria (OMGBY) 13/84-2/3.

<sup>20</sup> *Schütz*: *Die neuen Städte 54* (vgl. Anm. 7). – *Kern*: *Waldkraiburg schaut zurück* 113 (vgl. Anm. 11). – *Franz* (Red.): *Waldkraiburg* 18 (vgl. Anm. 11).

<sup>21</sup> In einem Memorandum schlugen die Mitglieder der Industriegemeinschaft den Umbau von Produktionsbunkern zu Wohnhäusern vor, woraufhin vom Wirtschaftsministerium einige solcher Musterhäuser in Auftrag gegeben wurden. Diese Möglichkeit der Wohnraumbeschaffung wurde jedoch bald wieder fallen gelassen. Vgl. Stadtarchiv Waldkraiburg, Industriegemeinschaft. Akt.-Nr. 21. Memorandum an den Bayerischen Wirtschaftsrat vom 1. März 1947. – *Kern*: *Waldkraiburg erzählt* 130-133 (vgl. Anm. 11). – *Pscheidt*: *Die Ansiedlung* 581 (vgl. Anm. 16).

<sup>22</sup> *Brand* (Red.): *10 Jahre Waldkraiburg* 17 (vgl. Anm. 11). – *Kern*: *Waldkraiburg erzählt* 120 (vgl. Anm. 10). – *Huschka*, Erich: *Der Beginn*. In: *Neugablonz. Stadtteil der ehemals Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung*. Hg. von der Leutelt-Gesellschaft durch Susanne Rössler und Gerhart Stütz. Schwäbisch Gmünd 1986, 83.

<sup>23</sup> *Wessely*, Herbert: *Hubert Rösler. Leben und Werk. Ein Gedenkbuch von Herbert Wessely*. Landshut 1984, 27 und 35-38.

erarbeitete er zusammen mit Fritz Noppes, dem ebenfalls aus Böhmen stammenden Planer der Vertriebenenstadt Geretsried, eine zweite Version.<sup>24</sup>

Erst nach dem Ende der Sprengungen im Sommer 1948 und nachdem sie von der oberbayerischen Ortsplanungsstelle dazu aufgefordert worden war, erteilte die Treuhandverwaltung des Werkes Rösler einen offiziellen Planungsauftrag.<sup>25</sup> Den endgültigen Wirtschaftsplan für eine Stadt mit 20000 Einwohnern stellte Hubert Rösler bis zum Juni 1949 mit Unterstützung der Ortsplanungsstelle fertig.<sup>26</sup> Er wurde nach leichten Abänderungen allerdings erst 1952 offiziell genehmigt. Die Planung diente der Vorbereitung zur Gründung der Gemeinde am 1. April 1950; zu diesem Zeitpunkt lebten 2000 Menschen vor Ort und es gab 150 Unternehmen.<sup>27</sup>

Da für die erste Zeit der Ansiedlung eine städtebauliche Gesamtplanung fehlte, trifft man in der Literatur oft auf das Bild der „wilden Wurzel“ als Erklärungsmodell für die Entstehung der Stadt, was das Fehlen jeglicher Planung suggeriert.<sup>28</sup> Wie gezeigt wurde, kann jedoch ab 1948 trotz rechtlicher und finanzieller Schwierigkeiten nicht mehr von Planlosigkeit und „Wildwuchs“ gesprochen werden, zumal die ersten Neubauten in Waldkraiburg erst ab 1949 und somit nicht vor der Gesamtplanung entstanden.<sup>29</sup>

#### *Das Sprengstoffwerk als Vorgabe für die Stadtplanung*

Das Werk Kraiburg der Deutschen Sprengchemie GmbH, das den Ausgangspunkt für die spätere Stadt Waldkraiburg bilden sollte, wurde in den Jahren 1939 bis 1941 im Auftrag des Oberkommandos des Heeres im südöstlichen Bayern errichtet.<sup>30</sup> Als

<sup>24</sup> Noppes war im Frühjahr 1946 von Hans Tattermusch, einem Mitarbeiter der „Sudeten-deutschen Hilfsstelle“ und Mitinitiator des späteren Geretsried, gebeten worden, die Planungen für die dortige Ansiedlung zu erstellen. Auch für Noppes fanden sich bisher keine Belege für frühere Stadtplanungsarbeiten. *Edlin*, Margarete: Meisterung des Flüchtlingsproblems im Landkreis Wolfratshausen. 1945-1948. München 1974, 16-19. – Zur Zusammenarbeit von Noppes und Rösler siehe: Stadtarchiv Waldkraiburg, Industriegemeinschaft. Akt.-Nr. 20 a. Brief Fritz Noppes an Hubert Rösler vom 21. 12. 1947. – Im Gegensatz zur ersten Planung sind in diesem Fall die Planungsentwürfe erhalten: Stadtarchiv Waldkraiburg, Montanverwaltung, Akt.-Nr. 22.

<sup>25</sup> *Brand* (Red.): 10 Jahre Waldkraiburg 17 (vgl. Anm. 11). – Genauer gesagt wurde der Auftrag von der Zentraltreuhandverwaltung der Montan-GmbH (für die US-Zone) in München vergeben. *Pscheidt*: Die Ansiedlung 562 (vgl. Anm. 16).

<sup>26</sup> Die Ortsplanungsstellen waren nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtet worden, um Gemeinden bei ihren baulichen Planungen zu unterstützen. Sie bildeten innerhalb der Bauabteilung der Regierungen ein eigenes Sachgebiet wie Hochbau, Tiefbau oder Wohnungsbauförderung. 1994 wurden sie im Zuge der Verwaltungsreform in Bayern eingespart, sodass nunmehr private Architekturbüros deren Aufgaben übernahmen. *Bürsch*, Michael/*Müller*, Brigitte: Verwaltungsreformen in den deutschen Bundesländern. Bonn 1999, 21 (FES-Materialien zur Verwaltungspolitik).

<sup>27</sup> Stadtarchiv Waldkraiburg, Bauakten, Akt.-Nr. 6.10.2. – *Franz* (Red.): Waldkraiburg 25 und 27 (vgl. Anm. 11). – *Kern*: Waldkraiburg erzählt 136 (vgl. Anm. 11).

<sup>28</sup> *Pfeil*: Städtische Neugründungen 505 (vgl. Anm. 10).

<sup>29</sup> *Kern*: Waldkraiburg erzählt 233 (vgl. Anm. 11).

<sup>30</sup> Zur Beschreibung des Werkes im Folgenden v.a. *Preuß*, Johannes/*Eitelberg*, Frank: Das Werk Kraiburg der Deutschen Sprengchemie GmbH. 1938-1945. In: *Kern* (Hg.): Waldkraiburg schaut zurück 91-115 (vgl. Anm. 11). – Die Autoren erstellten in den 1990er Jahren

Standort war ein geschlossener Wald am Inn gewählt worden, der zum einen die dortige Sprengstoffproduktion tarnen sollte und zum anderen bereits über einen Bahnanschluss an der Strecke Rosenheim–Mühldorf verfügte.<sup>31</sup>

Das Werk mit einer Gesamtfläche von 480 Hektar wurde nicht nur als Werks- und Produktionsgelände mit Produktionsbunkern gebaut, sondern auch um mehrere Unterkunfts- und Wohnbereiche für Arbeiter und Angestellte ergänzt, wobei die Bahnstrecke beide Bereiche trennte (Abb. 2). Das nordwestlich gelegene Produktionsgelände war in zwei große, räumlich voneinander abgesetzte Areale aufgliedert, die durch ein von der Hauptstrecke abzweigendes Werksgleis und ein Netz aus geschwungenen und asymmetrisch verlaufenden Betonstraßen erschlossen wurden. Die unregelmäßige Straßenführung und die weit verstreut liegenden Bunker sollten der Tarnung dienen, aber auch etwaige Schäden durch Explosionen oder Luftangriffe gering halten.<sup>32</sup>

Auch die Unterbringung der Arbeiter und Angestellten, von denen gut drei Viertel in den werkseigenen Unterkünften wohnten, war räumlich unterteilt. Die zumeist zwangsverpflichteten Arbeiter und Arbeiterinnen aus Ost- und Ostmitteleuropa waren in einfachen Holzbarackenlagern untergebracht, während für die deutschen Angestellten und Facharbeiter Einfamilien- und Doppelhäuser mit Gärten zur Verfügung standen. Die Häuser flankierten dabei das Holzbarackenlager, was augenscheinlich der besseren Überwachung dienen sollte. Darüber hinaus existierte direkt daneben ein Steinbarackenlager für Arbeiter aus Deutschland und verbündeten Staaten. Für Arbeiterinnen dieser Herkunft war etwas abseits von den übrigen Quartieren das so genannte Frauenlager als „Mustersiedlung“ aus Gemeinschaftsunterkünften und -versorgungseinrichtungen angelegt worden.<sup>33</sup>

eine Reihe von Altlastengutachten zu ehemaligen Rüstungswerken, u. a. zum Werk Kraiburg. Vgl. Preuß, Johannes u. a.: Erkundung und Rekonstruktion des ehemaligen Werkes der Deutschen Sprengchemie (DSC) Werk Kraiburg, Universität Mainz 1994 (unveröffentlicht).

<sup>31</sup> Auf dem gesamten Areal wurde nur in unmittelbarer Umgebung der Gebäude der Wald gerodet, der ansonsten komplett bestehen blieb und das Pulverwerk verbarg. Kern: Waldkraiburg erzählt 63 f. und 66 (vgl. Anm. 11).

<sup>32</sup> Zu Bauvorgaben für Tarnung und Luftschutz in den Rüstungswerken des Zweiten Weltkriegs siehe Hübner, Hans-Joachim: Die Fabrik Kaufbeuren der Dynamit-AG. Zur Vorgeschichte von Neugablonz. Kempten 1995, 25-27 und 67 (Schriftenreihe von Stadtarchiv und Stadtmuseum Kaufbeuren 2).

<sup>33</sup> Die verschiedenen Unterbringungsarten illustrieren auf eindringliche Weise die rassistische nationalsozialistische Ideologie der Zeit. Andererseits wird hier die propagierte Gleichstellung aller Deutschen durch die offensichtlich auch soziale Staffelung und räumliche Trennung der Arbeiter und Angestellten in Steinbarackenlager und Wohnhäuser konterkariert. Auch die Häuser waren in die zum Inn gelegene „Beamtensiedlung“ für leitende Angestellte und die an den lauten Bahngleisen und dem Produktionsgelände gebaute „Meistersiedlung“ für die Facharbeiter und Handwerker aufgeteilt. Kern: Waldkraiburg schaut zurück 106-113, 116-129 (vgl. Anm. 11). – Preuß: Erkundung und Rekonstruktion 30 f. (vgl. Anm. 30). – Vgl. dazu auch die sozialräumliche Aufgliederung in „Beamtensiedlung“ und „Bergarbeitersiedlung“ in der „Stadt der Hermann-Göring-Werke“ Salzgitter. Leuschner, Jörg: Salzgitter – Umgang mit Bauten aus dem „Dritten Reich“ nach 1945. In: Durth, Werner/Nerdinger, Winfried (Red.): Architektur und Städtebau der dreißiger/vierziger Jahre. Ergebnisse der Fachtagung in München 1993. Bonn 1994, 136-147, hier 140 (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz 48).

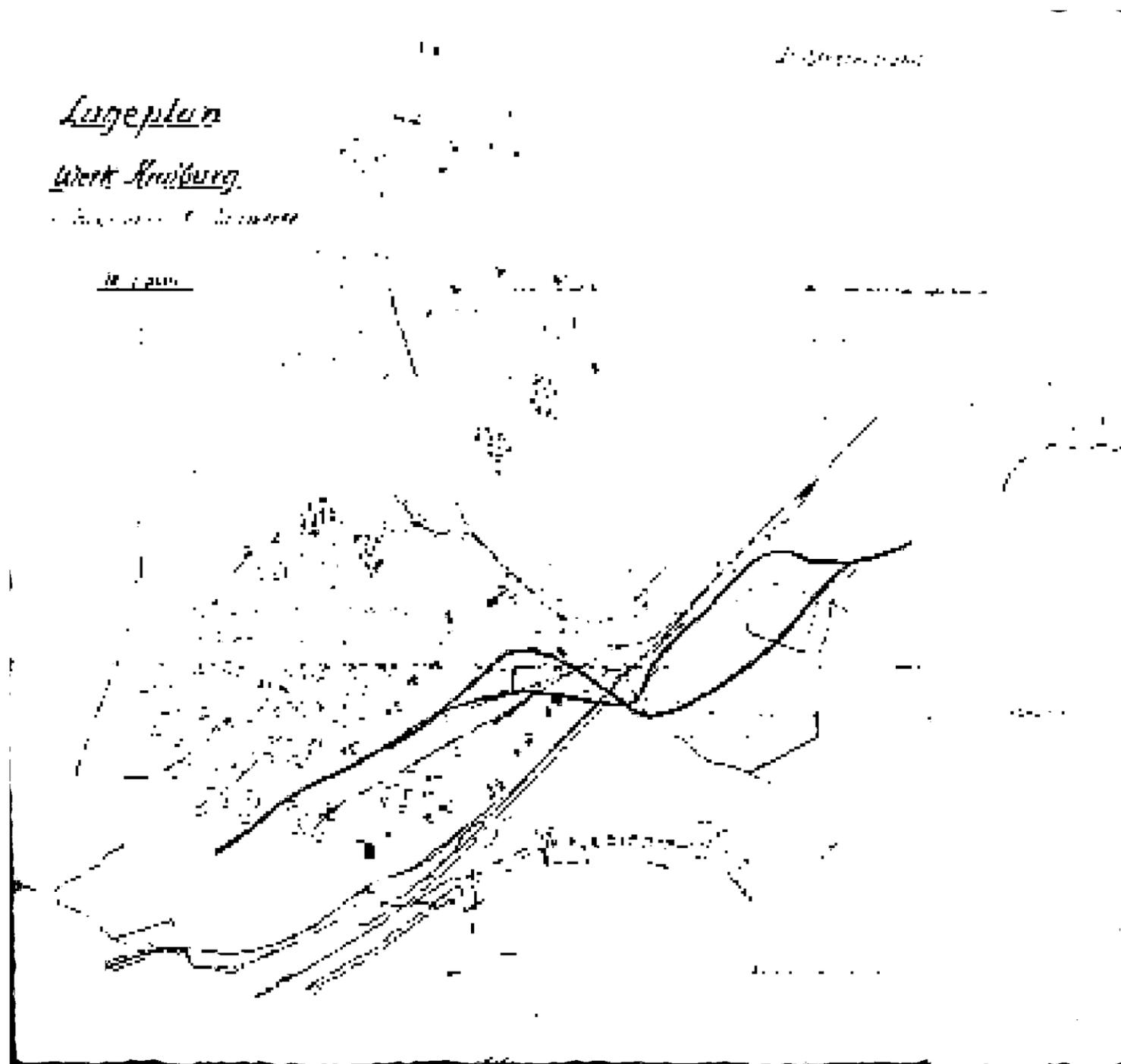


Abb. 2: Das Sprengstoffwerk Kraiburg. Lageplan von 1949. Auf der linken Bildseite das Produktionsgelände, auf der rechten, durch die diagonal verlaufende Bahnstrecke getrennt, die Unterkunftsbereiche. Am rechten Bildrand das „Frauenlager“. Die schwarze Linie markiert eine für die Stadt geplante Straße.

Bei einem amerikanischen Bombenangriff im April 1945 und den späteren Sprengungen wurden Teile des Werkes zerstört, der Großteil der Gebäude und auch die im Werk verlegten Betonstraßen blieben jedoch erhalten. Lange Zeit fanden sich in der Literatur nur ungenaue und abweichende Angaben zu den Kriegs- und Nachkriegsschäden am Werk, die sich ohne präzisere funktionale Zuordnung in einer Spanne von etwa 70 bis 200 Gebäuden bewegten.<sup>34</sup> Hinzu kamen zum Teil verzerrende Darstellungen der Schäden, wie zum Beispiel in der Sonderausgabe der Zeitschrift „Baycrland“ von 1960 zu den Vertriebenenstädten in Oberbayern. Dort schreibt der Autor Walter Brand, dass das Werk Kraiburg

[...] den Siegern fast unversehrt in die Hände fiel. Was aber der Krieg verschont hatte, wurde im Zuge der „Demontage“ um so gründlicher zerstört, wobei die Zerstörungswut sich so unsinnig austobte, daß Anlagen wie ein komplettes Fernheizwerk mit den Zuleitungen, ein eingerichtetes Krankenhaus, Kraftwerk und Wasserversorgungsstation und so weiter, die auch für friedliche Zwecke höchst wertvoll gewesen wären, gesprengt wurden.<sup>35</sup>

Die kürzlich erschienene Neuauflage der Stadtchronik von Waldkraiburg enthält eine detaillierte und differenzierte Auflistung der Kriegs- und Nachkriegsschäden und zeigt, dass sich diese rein zahlenmäßig in etwa die Waage hielten. Die US-Militärverwaltung ließ zwar tatsächlich auch die Werkrettungsstelle sprengen, bei den anderen rund 70 Gebäuden wurden jedoch sehr gezielt Gebäudegruppen ausgewählt, die für die militärische Produktion grundlegend gewesen waren.<sup>36</sup> Zivil nutzbare Gebäude sollten für eine Weiterverwendung erhalten bleiben,<sup>37</sup> allerdings

<sup>34</sup> Im Erläuterungsbericht zur Stadtplanung von 1949 schreibt Hubert Rösler, dass 71 von insgesamt 407 Gebäuden durch Bomben und Sprengungen zerstört worden seien, in der Jubiläumsschrift zum zehnjährigen Bestehen der Gemeinde werden die Sprengungen mit etwa hundert Gebäuden beziffert. Die Stadtchronik von 1999 nennt über hundert Gebäude und Schütz schreibt, dass 400 von 600 Gebäuden erhalten blieben. Stadtarchiv Waldkraiburg, Industriegemeinschaft, Akt.-Nr. 21, 6. Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan über die Werke Kraiburg und Aschau der Montan Industrierwerke G.m.b.H. der zukünftigen Gemeinde „Waldkraiburg“. Mai 1949. – *Lindner*: Waldkraiburg 24 (vgl. Anm. 11). – *Kern*: Waldkraiburg erzählt 129 (vgl. Anm. 11). – *Schütz*: Die neuen Städte 53 (vgl. Anm. 7).

<sup>35</sup> Das Wärmekraftwerk diente sowohl zur Wärme- als auch zur Energieversorgung, sodass es sich hier nicht um unterschiedliche Gebäude handelte. Die Wasserversorgung wurde laut Erläuterungsbericht zur Stadtplanung nicht beschädigt. *Brand* (Red.): Waldkraiburg 8 (vgl. Anm. 11). – *Kern*: Waldkraiburg schaut zurück 103 (vgl. Anm. 11). – Erläuterungsbericht 7 (vgl. Anm. 34). – Siehe auch Anm. 29.

<sup>36</sup> Preuß und Eitelberg listen die Schäden in der Legende zum Lageplan auf. Dazu gehören die so genannten Ölberge, die räumlich eng umgrenzt etwa vierzig Gebäude umfassten, in denen der erste Arbeitsschritt der Pulverherstellung ablief. Außerdem wurde die auch bei Brand erwähnte Kraftwerksanlage gesprengt, die natürlich für eine zivile Industrieproduktion hätte genutzt werden können, aber bis dahin die deutsche Kriegsproduktion effektiv gesichert hatte. Zudem wurden Pressegebäude und Glycerinlager gesprengt. *Kern*: Waldkraiburg schaut zurück 106-113 (vgl. Anm. 11). – Vgl. auch Anm. 29.

<sup>37</sup> Hierzu heißt es im Abschlussbericht der „Reparations and War Potential Programs in Bavaria“ von 1948: „Direction issued for the liquidation of war potential in Bavaria not only called for the removal of general purpose equipment in these plants as reparations but also for the destruction of all special purpose equipment and the demolition of all special purpose buildings in these plants. [...] All general purpose buildings and many storage bunkers, that were adapted, by the removal of camouflage and the cutting of doors and

wurde der Großteil des Inventars ebenso wie die Hälfte der Gleisanlagen für Reparationszwecke entfernt. Die übrigen Versorgungsnetze für Wasser, Abwasser, zum Teil Strom und Telefon standen für die spätere Stadt zur Verfügung.<sup>38</sup>

Während das Holzbarackenlager zum Zeitpunkt der Stadtplanung als Flüchtlingslager genutzt wurde, waren das Steinbaracken- und das „Frauenlager“ von der UNRRA (United Nations Refugee and Relief Organisation) beschlagnahmt und „Displaced Persons“, also ehemaligen Zwangsarbeitern oder KZ-Häftlingen, zur Verfügung gestellt worden. Für das Siedlungsprojekt Waldkraiburg waren sie dadurch bis 1950 nicht zugänglich.<sup>39</sup> In die vorbereitende Planung für die Gemeindegründung von 1949 wurden sie dennoch einbezogen; es wurde moniert, dass sie als Unterkunft für die neue Siedlung fehlten, und man forderte die Freigabe dieser Gebäude.<sup>40</sup>

Von diesen materiellen Gegebenheiten konnten und mussten die Planer ausgehen, um sie für ihre Stadtplanung zu adaptieren. Der Großteil des Rüstungswerkes war nach wie vor vorhanden und die Werksquartiere waren durchgängig genutzt worden.<sup>41</sup> In welchem Maß es sich daher bei der Planung um eine reine Adaption handelte und wie viel an Stadtplanungsideen einfluss, soll anhand der damals gängigen Städtebauthorien analysiert werden.

#### „Die gegliederte und aufgelockerte Stadt“ – das Ideal der Nachkriegsplanung

Für die Zeit der Stadtplanung in Waldkraiburg – also von den späten 1940er Jahren bis 1952 – finden sich einerseits keine direkten Vergleichsfälle praktischer Planungen in Form neuer Städte.<sup>42</sup> Andererseits wurde gerade im Kontext des Wiederaufbaus unter Stadtplanern und Architekten eine breite Diskussion geführt, wie eine gut geplante Stadt auszusehen habe. Das 1957 von Johannes Göderitz, Hubert Hoffmann und Roland Rainer herausgegebene Werk „Die gegliederte und aufgelockerte Stadt“ gilt dabei allgemein als Synthese der idealen Stadtvorstellungen des Nachkriegsjahrzehnts oder ist, wie es Gerd Albers formuliert, „ein Buch, das gleichsam als Zusammenfassung der damals allgemein anerkannten städtebaulichen Grundsätze gewertet werden kann und wohl auch so gemeint war“.<sup>43</sup>

---

windows into their walls, for dwellings for refugees and displaced persons, were allowed to remain.“ BayHStA, OMGBY 13/144/-1/15.

<sup>38</sup> Erläuterungsbericht 7 f. (vgl. Anm. 34).

<sup>39</sup> In den beiden Lagern kamen zunächst ehemalige polnische Zwangsarbeiter unter, bevor sie ab 1947 von jüdischen KZ-Überlebenden bewohnt wurden, ein knappes Jahr später bezogen ehemalige ukrainische Zwangsarbeiter die Unterkünfte. Die Wohnhäuser der Werksiedlung wurden zum Teil ebenfalls von Displaced Persons bewohnt, zum Teil aber auch von Sozialdemokraten aus dem Sudetenland, die sich als „Antifaschisten“ ihre Unterkunft hatten aussuchen dürfen. Kern: Waldkraiburg schaut zurück 141 (vgl. Anm. 11).

<sup>40</sup> *Ebenda* 131-134. – Erläuterungsbericht 6 (vgl. Anm. 34).

<sup>41</sup> Die Holzbaracken waren vor ihrer Nutzung als Flüchtlingslager zum Kriegsgefangenenlager der US-Armee umfunktioniert worden. Kern: Waldkraiburg schaut zurück 132 f. (vgl. Anm. 11).

<sup>42</sup> Die so genannten neuen Städte in Deutschland entstanden – eigentlich als Großwohnsiedlungen am Stadtrand – erst ab Mitte der 1950er Jahre. Siehe dazu Anm. 5.

<sup>43</sup> Göderitz, Johannes/Rainer, Roland/Hoffmann, Hubert: Die gegliederte und aufgelockerte

Die Autoren beschreiben eine gestaffelte Gliederung der Stadt in kleine Einheiten, die so genannten Nachbarschaften, die durch lokale Einrichtungen bis zu einem gewissen Grad für sich funktionieren und zugleich auf ein gemeinsames Zentrum bezogen sind. Die „Nachbarschaften“ sind dazu jeweils mit eigener Kirche, Kindergarten und Schule sowie Läden und Kleingewerbe ausgestattet und zusammen um die „City“ gruppiert, in der sich die Einrichtungen für das nächst größere Einzugsgebiet befinden (Abb. 3). Diese Staffelung ist auf mehrere Ebenen erweiterbar und lässt sich dadurch auf Städte beliebiger Größe anwenden. Vier „Nachbarschaften“ um ein Zentrum können entweder eine „Kreisstadt“ von etwa 16000 Einwohnern bilden oder als „Stadtzellen“ zu wieder größeren Städten zusammengefügt werden, die ebenso einem gemeinsamen Zentrum zugeordnet sind.<sup>44</sup> Das Prinzip einer solchen gestaffelten Gliederung bildete in den 1950er Jahren das „unentbehrliche Rüstzeug jeglicher stadtstrukturbezogener Planung“, während die Konzepte verschiedener Planer lediglich in den Größenangaben und der architektonischen Ausführung variierten.<sup>45</sup>

Ein weiterer zentraler Aspekt der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ war die Trennung von Industrie und Wohnen bei gleichzeitiger Vermeidung langer Arbeitswege.<sup>46</sup> Die als Schema abgebildete Aufteilung erfolgte bei Göderitz, Rainer und Hoffmann durch die Verkehrswege (Bahn, Kanal, Straße). Da in diesem Schema nur die Ebene der Kreisstadt dargestellt war, wurde für größere Städte die Vervielfältigung des Moduls als lineare Bandstadt entlang der Verkehrsstraße vorgeschlagen, um auch hier die Arbeitswege kurz zu halten. Eine Alternative in anderen Publikationen der Zeit bildete die Aufgliederung der Industriegebiete in mehrere Einheiten.<sup>47</sup> Wie die Autoren weiter schrieben, sollten die natürlichen Gegebenheiten der Landschaft „als Gestaltungselement“ einbezogen werden, um „eine klare räumliche Trennung der Glieder“ zu erreichen. Die Stadt sollte durch Grünflächen „aufgelockert“ werden, die als Puffer zwischen den verschiedenen städtischen Nutzungsbereichen fungierten. Zudem sollte die weiträumige Parklandschaft für Sport- und Spielplätze genutzt werden.<sup>48</sup>

Für die Bebauung wurde der Flachbau favorisiert, der idealerweise in Form von maximal zweigeschossigen Reiheneinfamilienhäusern verwirklicht werden sollte.

Stadt. Tübingen 1957. – *Albers*: Zur Entwicklung der Stadtplanung 210 (vgl. Anm. 3). – Siehe auch *Durth/Gutschow*: Träume in Trümmern (1993) 296 und 298 (vgl. Anm. 5).

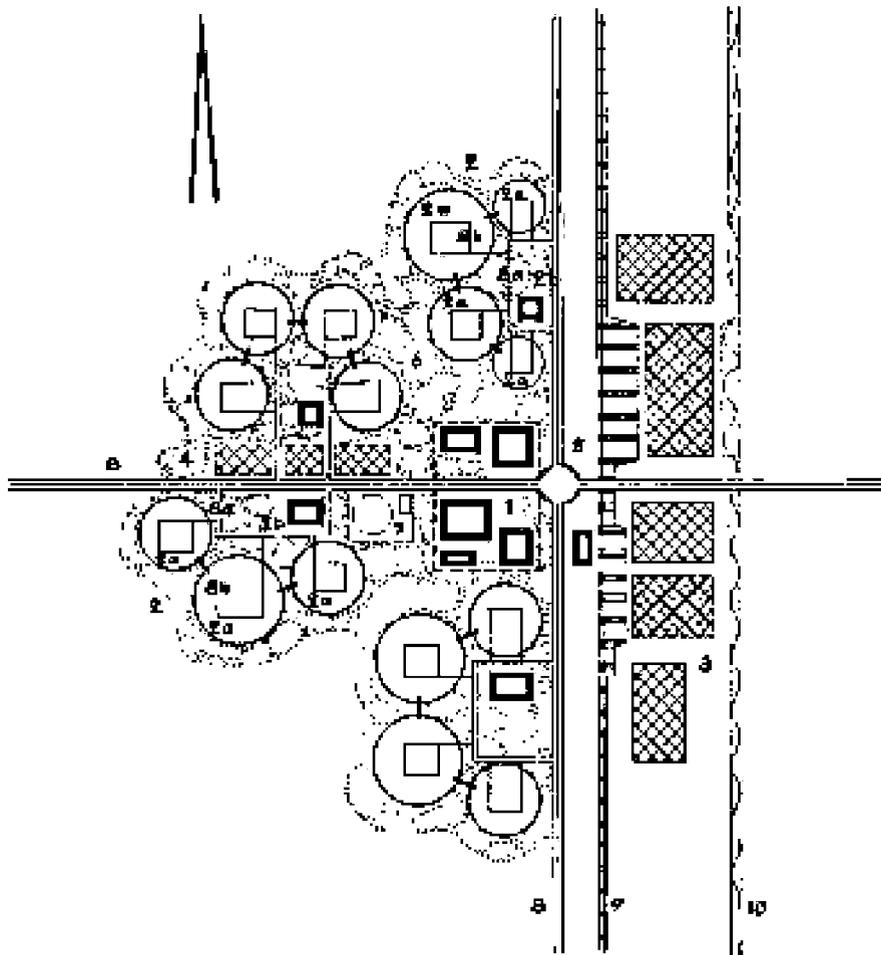
<sup>44</sup> *Göderitz/Rainer/Hoffmann*: Die gegliederte Stadt 24 f. und 39-41 (vgl. Anm. 43).

<sup>45</sup> *Albers*: Zur Entwicklung der Stadtplanung 293 (vgl. Anm. 3).

<sup>46</sup> „Besonders schwer wiegt aber die Tatsache, daß die dauernde Vermehrung der Wohnbaugebiete am Rande der Städte [...] die Wege zwischen Wohn- und Arbeitsstätten immer mehr verlängert. Mangels geeigneter gewerblicher Standorte wandern nämlich die Arbeitsstätten mit den ausgesiedelten Wohnstätten nur in den seltensten Fällen mit, so daß die Bewohner der Flachbaugebiete die verbesserten Wohnverhältnisse mit außerordentlich langen und zeitraubenden Fahrten erkaufen müssen.“ *Göderitz/Rainer/Hoffmann*: Die gegliederte Stadt 21 (vgl. Anm. 43).

<sup>47</sup> Hier schlägt der Autor vor, „vorhandene Ballungen von Industrie aufzulösen“, um so eine „günstige Koppelung von Wohn- und Arbeitsstätte“ zu erreichen. *Stein, Christian Curt*: Neue Städte in einem neuen Deutschland. Hamburg 1947, 41 (Schriftenreihe des Bundes deutscher Architekten der Hansestadt Hamburg 2).

<sup>48</sup> *Göderitz/Rainer/Hoffmann*: Die gegliederte Stadt 25 f. und 91 (vgl. Anm. 43).



1. City, Verwaltung, Geschichte
2. Nachbarschaft, 2a Wohnbereich, 2b Nachbarschaftsschwerpunkt
3. Industrie und Gewerbe
4. Kleingewebe zwischen Nachbarschaft und Hauptverkehrsstraße
5. Hauptverkehrsknoten
6. Erholungsflächen und Grünverbindungen
7. Sportgebiet
8. Hauptverkehrsstraße, 8a Sammelstraße, 8b Anliegerstraße
9. Eisenbahn
10. Schifffahrtskanal

Abb. 3: Schema der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ aus der gleichnamigen Publikation von 1957.

Mit ausführlichen Grafiken und Argumenten bemühen sich die Autoren, den Vorwurf der Platzverschwendung zu entkräften und die Vorteile dieser Konzeption zu unterstreichen.<sup>49</sup> In der Frage der baulichen Gestaltung fanden sich in der Nachkriegszeit zwar durchaus unterschiedliche Positionen, politisch gewollt und gefördert wurde jedoch generell eine flache und kleinteilige Bebauung, die in Form des Eigenheims zum symbolischen Schutzwall gegen sozialistisches Gedankengut stilisiert wurde. Dementsprechend legte man das Eigenheim in den ab 1950 erlassenen Wohnungsbaugesetzen als bevorzugte Förderungskategorie fest.<sup>50</sup>

*Zwischen Adaption und Neuplanung:  
Die 1949-1952 entstandene Planung für Waldkraiburg*

In der Stadtplanung für das ehemalige Werk Kraiburg fällt zuerst die klare Aufteilung des Geländes in Bereiche für Wohnen und Arbeiten auf. Mehrere Gewerbe-, Industrie- und Wohngebiete gruppieren sich um ein gemeinsames Zentrum und werden durch Waldstreifen voneinander getrennt (Abb. 4).<sup>51</sup> Für die einzelnen Wohngebiete ist jeweils ein eigenes Zentrum vorgesehen, was im Plan als skizzierte Platzbebauung erscheint. Wie in der zeitgenössischen Planungstheorie für eine „gegliederte und aufgelockerte Stadt“ gefordert, sollte in Waldkraiburg eine strikte Aufteilung der Nutzungsgebiete realisiert werden. Dabei übernahm man diese zunächst so, wie sie für das Pulverwerk angelegt worden waren. Die Barackenlager und Einfamilienhaussiedlungen wurden zu einem Wohngebiet zusammengefasst und das so genannte Frauenlager als weiteres hinzugenommen. Auf dem eigentlichen Werksgelände nordöstlich der Bahngleise wurden entsprechend die mit Bunkern bebauten und durch Betonstraßen und Werksgleise erschlossenen Bereiche als Gewerbe- und Industriegebiete verzeichnet.<sup>52</sup> Im Erläuterungsbericht zur Planung hieß es dazu:

Die vorhandenen ehemaligen Produktionsstätten – Bunker – aus Eisenbeton sind zum Wohnen äußerst ungeeignet, wohl aber für die gewerbliche und industrielle Produktion nutzbar, deshalb sollen auch die vorhandenen Anlagen als Gewerbe- und Industriegebiete genutzt werden.<sup>53</sup>

<sup>49</sup> *Ebenda* 42 f., 47 und 86. – Weniger ökonomisch als ideologisch argumentierend heißt es an anderer Stelle auch, dass sich so ein „Maximum privater Abgeschlossenheit bei gleichzeitiger deutlich fühlbarer Einordnung in die Gemeinschaft“ erzielen lasse. *Ebenda* 73 f.

<sup>50</sup> Dies geschah mit dem 1. Wohnungsbaugesetz von 1950 bzw. dessen Novelle von 1953 und besonders mit dem 2. Wohnungsbaugesetz von 1956. Vgl. *Rabelex*, Gerhard: Wiederaufbau und Expansion westdeutscher Städte 1945 bis 1960. Im Spannungsfeld von Reformideen und Wirklichkeit. Ein Überblick aus städtebaulicher Sicht in zwei Teilen. 2 Bde. Univ. Diss. Technische Universität München 1987, 79. – *Reinborn*, Dietmar: Städtebau im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart, Berlin, Köln 1996, 230.

<sup>51</sup> In der Planungsversion von 1949 war auch das nahe gelegene Sprengstoffwerk Aschau nach dem gleichen Muster konzipiert. Es wurde jedoch letzten Endes nicht in das Gemeindegebiet einbezogen und bildete auch in der Version von 1952 keinen Teil der Planung mehr.

<sup>52</sup> Deren Unterscheidung wurde damit begründet, dass „das ‚Industriegebiet‘ [...] für solche Betriebe vorgesehen [ist], die Bahnanschluss benötigen und die große Rauch- oder Geruchsbelastigungen erzeugen.“ Erläuterungsbericht 10 (vgl. Anm. 34).

<sup>53</sup> *Ebenda* 10.

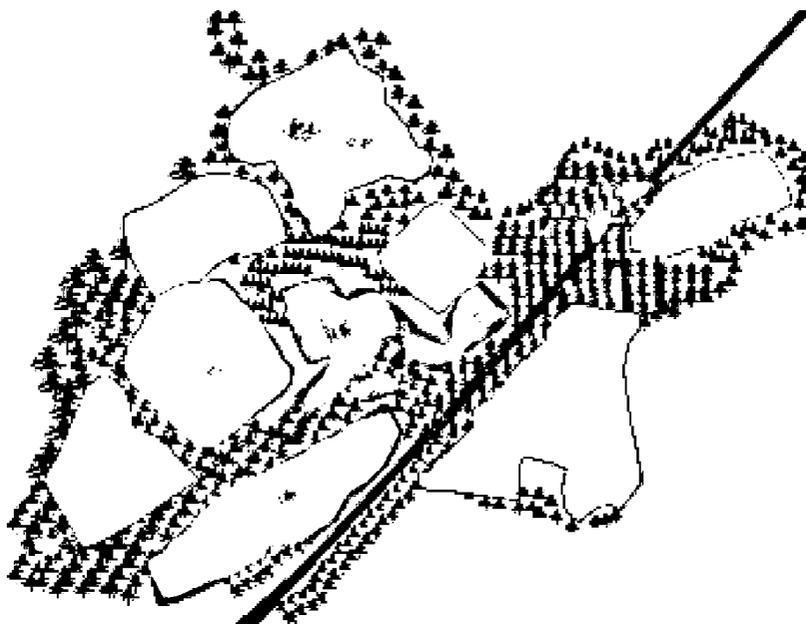


Abb. 4: Wirtschaftsplan für Waldkraiburg von 1949. Die mit Buchstaben und Ziffern markierten Nutzungsbereiche sind um das Stadtzentrum („M“) gruppiert. Die breite schwarze Linie markiert den Verlauf der Bahnstrecke.

Die Weiterführung der bisherigen Nutzungsaufteilung war demnach mit der Art der Bebauung begründet. Da zum Zeitpunkt der Planung schon rund 1000 Menschen auf dem Produktionsgelände wohnten, musste die zukünftige Einhaltung der Nutzungstrennung explizit gefordert werden, um die funktional getrennte Stadt als stadtplanerische Wunschvorstellung auch durchzusetzen. Für die Gewerbegebiete wurde sie jedoch, vermutlich aufgrund der bereits vorhandenen Wohnnutzungen, etwas aufgelockert.<sup>54</sup> Dazu wiederum der Erläuterungsbericht:

Im Gewerbegebiet sollen keine reinen Wohnbauten errichtet werden, wohl aber soll zugelassen werden, dass Betriebsangehörige dort wohnen. Es wird empfohlen, die vorhandenen „Bunker“ aufzustocken, der Eisenbetonunterbau soll gewerblich genutzt werden / Werkstätten / die Aufstockung zum Wohnen benutzt werden. [...] Im Industriegebiet sollen [...] keine Wohngebäude errichtet werden.<sup>55</sup>

Für die Umwandlung des Rüstungswerkes zur Stadt war eine Ausweitung der Wohnbereiche nötig, die zuvor zum Großteil für Arbeiter ohne Familien als Massenunterkünfte konzipiert gewesen waren. Dafür waren auf dem Produktions-

<sup>54</sup> Franz (Red.): Waldkraiburg 25 und 27 (vgl. Anm. 11).

<sup>55</sup> Erläuterungsbericht 10 (vgl. Anm. 34).

gelände drei weitere Wohngebiete auf den verfügbaren freien Flächen vorgesehen. Der Produktionsbereich war im Werk dezentral und großzügig als Doppelstruktur angelegt worden, sodass das umzäunte Werk und spätere Gemeindegebiet ein weit größeres Areal als die bebauten Flächen umfasste, das den Stadtplanern so für zusätzliche Wohngebiete zur Verfügung stand (Abb. 2 und 4).

In die beschriebene Nutzungstrennung, die auf derjenigen des Rüstungswerkes aufbaute, implementierten die Stadtplaner das Konzept der „Nachbarschaftsgliederung“, das „unentbehrliche Rüstzeug“ der Zeit. Die Wohngebiete sollten dazu mit eigenen Versorgungseinrichtungen ausgestattet und um ein gemeinsames Zentrum herum angelegt werden. In den Planungstexten werden sie mit „dörflichen Siedlungen“ verglichen oder als „selbständige Siedlungsgemeinschaften“ bezeichnet, die „alles enthalten, was zur Lebensgemeinschaft notwendig ist“.<sup>56</sup> Diese Einrichtungen sollten in den Ortskernen um einen zentralen Platz gruppiert werden.<sup>57</sup> In der „Ortsmitte“ waren die zentralen Einrichtungen für Verwaltung, Kultur, Freizeit und Versorgung vorgesehen, die über die nötige Grundausstattung der „Lebensgemeinschaft“ hinausgingen.<sup>58</sup> Die beschriebene Planung entspricht damit der „Kreisstadt“ bei Göderitz, Rainer und Hoffmann, die mit zwei Gliederungsebenen den kleinsten Stadttypus bildet.

Die Ausführung der Wohngebiete als „Nachbarschaften“ ergab sich nicht zwangsläufig aus der Struktur des Rüstungswerkes und der übernommenen Nutzungstrennung, wurde aber durch sie nahe gelegt. Die günstigen Voraussetzungen für die Implementierung zeitgenössischer Konzepte wurden von den Planern jedoch nicht thematisiert:

Es wurde angestrebt, das benötigte Wohnraumgebiet in einzelne Teilgebiete zu zergliedern und zu dezentralisieren, um so einzelne Siedlungsgemeinschaften von 2500 bis 4000 Einwohnern zu bilden.<sup>59</sup>

Während es hier klingt, als hätten die Planer auf einer Tabula rasa entworfen und als wären sie ausschließlich ihrem städtebaulichen Ideal gefolgt, ließ die Doppelstruktur des Produktionsgeländes de facto kaum eine andere Wahl, als die Wohngebiete auf die verbliebenen Freiflächen zu verteilen. Vielmehr bot das Rüstungswerk eine geradezu ideale Matrix, um das zeitgenössische Planungsideal darauf zu realisieren.<sup>60</sup>

<sup>56</sup> Franz (Red.): Waldkraiburg 34 (vgl. Anm. 11).

<sup>57</sup> „Diesen Kern bildet ein Platz, an dem alle Betriebe und Einrichtungen untergebracht sind für den [...] täglichen Bedarf, [...] für die kulturelle Betreuung, [...] Einrichtungen für Freizeit und Unterhaltung.“ Zum täglichen Bedarf gehörten demnach „Bäcker, Fleischer, Schuster, Schneider, Lebensmittel, u.ä.“, als Kultureinrichtungen werden Kirche und Schule mit Sportanlage genannt und für Freizeit und Unterhaltung waren ein „Saalbau, Gasthof, Kino, Sportplatz und Turnhalle“ vorgesehen. Stadtarchiv Waldkraiburg, Industriegemeinschaft, Akt.-Nr. 21, 7. Programm für die Erstellung des Bebauungsplanes der Gemeinde Waldkraiburg, 1.2.1950.

<sup>58</sup> Dazu werden u. a. Polizei, Banken, Einzelhandel, Ärzte, Theater, Kino und weiterführende Schulen gezählt. *Ebenda* 2-4.

<sup>59</sup> Erläuterungsbericht 10 (vgl. Anm. 34).

<sup>60</sup> Bei der idealen Matrix ist hier vor allem die Struktur der Anlage gemeint. In anderer Hinsicht zeigten sich durchaus Schwierigkeiten bei der Adaption. So verursachte z.B. das

Die Bebauung der Wohngebiete sollte auch in Waldkraiburg mit ein- oder zweistöckigen Flachbauten in Form von Einzel-, Doppel- oder Reihenhäusern erfolgen. Neben der Planungsintention spiegelt dies die oben genannte Förderungssituation wider, da ein Großteil der Wohnhäuser mit staatlicher Unterstützung entstand.

Auch die für die „gegliederte Stadt“ geforderte Abgrenzung der Nutzungsbe-  
reiche durch Grüngürtel traf auf günstige Voraussetzungen in den Gegebenheiten  
des Rüstungswerks. Denn diese brauchten nicht eigens angelegt zu werden, vielmehr  
mussten umgekehrt die Flächen der für die Stadt vorgesehenen Bebauung aus dem  
Wald herausgeschält werden (Abb. 5). Die ursprüngliche Tarnungsfunktion deuteten  
die Planer allerdings sogleich zum „Parkcharakter“ um, der für die Stadt im Grünen  
beibehalten werden sollte:

Um diese Weiträumigkeit zu betonen und den Parkcharakter zu wahren, wurde angestrebt, die  
verschiedenen Nutzungsflächen durch Grüngürtel zu trennen, um so die ganze Siedlung in den  
Wald einzubetten.<sup>62</sup>

An anderer Stelle im Erläuterungsbericht wird jedoch eingeräumt, dass es durch-  
aus einer Transformierung des abschottenden und abweisenden Tarnungs-Waldes  
bedurfte: „Vor allem ist eine Untermischung mit Laubgehölzen wünschenswert, um  
das Starre und Strenge der Nadelholzbestände aufzulockern.“<sup>63</sup>

Der zeitweilige Leiter der Ortsplanungsstelle Oberbayern, Otto Schütz, kritisier-  
te noch in den späten 1960er Jahren den „Schirm tarnenden Waldes des früheren  
Rüstungswerkes“, durch den „die Stadt nur vom Flugbild als Rodung zu erkennen“  
sei.<sup>64</sup> Und auch heute ist sie, trotz ihrer Lage hoch über dem Innufer, für den von  
Süden kommenden Besucher nicht zu sehen. Doch in den Planungstexten zu Wald-  
kraiburg trägt der finstere Tarnungswald schon Züge einer romantischen Natur-  
idylle.

Der Wald spielte für die Stadtplanung nicht nur als Komponente der „gegliederten  
und aufgelockerten Stadt“ eine maßgebliche Rolle, sondern wurde auch als Identi-  
fikationsfaktor bei der Namensgebung und dem neuen Stadtwappen herangezogen:  
„Der Name ‚Waldkraiburg‘ verpflichtet, das Grün auch im Industrie- u. Gewerbe-  
gebiet zu erhalten u. den guten Eindruck einer Gartenstadt, in unserem Falle einer  
Garten-Industriestadt zu erreichen.“<sup>65</sup> Zum Stadtwappen heißt es in der Waldkrai-  
burger Chronik: „Die Bäume sollten überdies auch eine Erinnerung an die Wälder  
der alten Heimat sein.“ Allerdings knüpft der Name Waldkraiburg allein schon mit

---

Wasserversorgungsnetz zunächst Mehrkosten, da es für die anfängliche Stadtgröße über-  
dimensioniert war und die feine Verzweigung zu einzelnen Haushalten fehlte. Telefon-  
leitungen waren zwar vorhanden, verfügten jedoch nicht über einen Anschluss an das regu-  
läre Postnetz, und auch die Betonstraßen mussten für die Stadt asphaltiert und verbreitert  
werden. *Schuster*: Waldkraiburg 46-50 (vgl. Anm. 9).

<sup>61</sup> Stadtarchiv Waldkraiburg, Bauakten, Akt.-Nr. 6.10.13-14, 1. Satzung des Vollzugs zum Bau-  
linien-(Bebauungs-)plans für das Wohngebiet 2 (W2), 1.4.1954. – Programm für Bebau-  
ungsplan 7 (vgl. Anm. 57).

<sup>62</sup> Erläuterungsbericht 10, Hervorhebung durch die Autorin (vgl. Anm. 34).

<sup>63</sup> *Ebenda* 10.

<sup>64</sup> *Schütz*: Die neuen Städte 76 (vgl. Anm. 7).

<sup>65</sup> Programm Bebauungsplan 6 (vgl. Anm. 57).

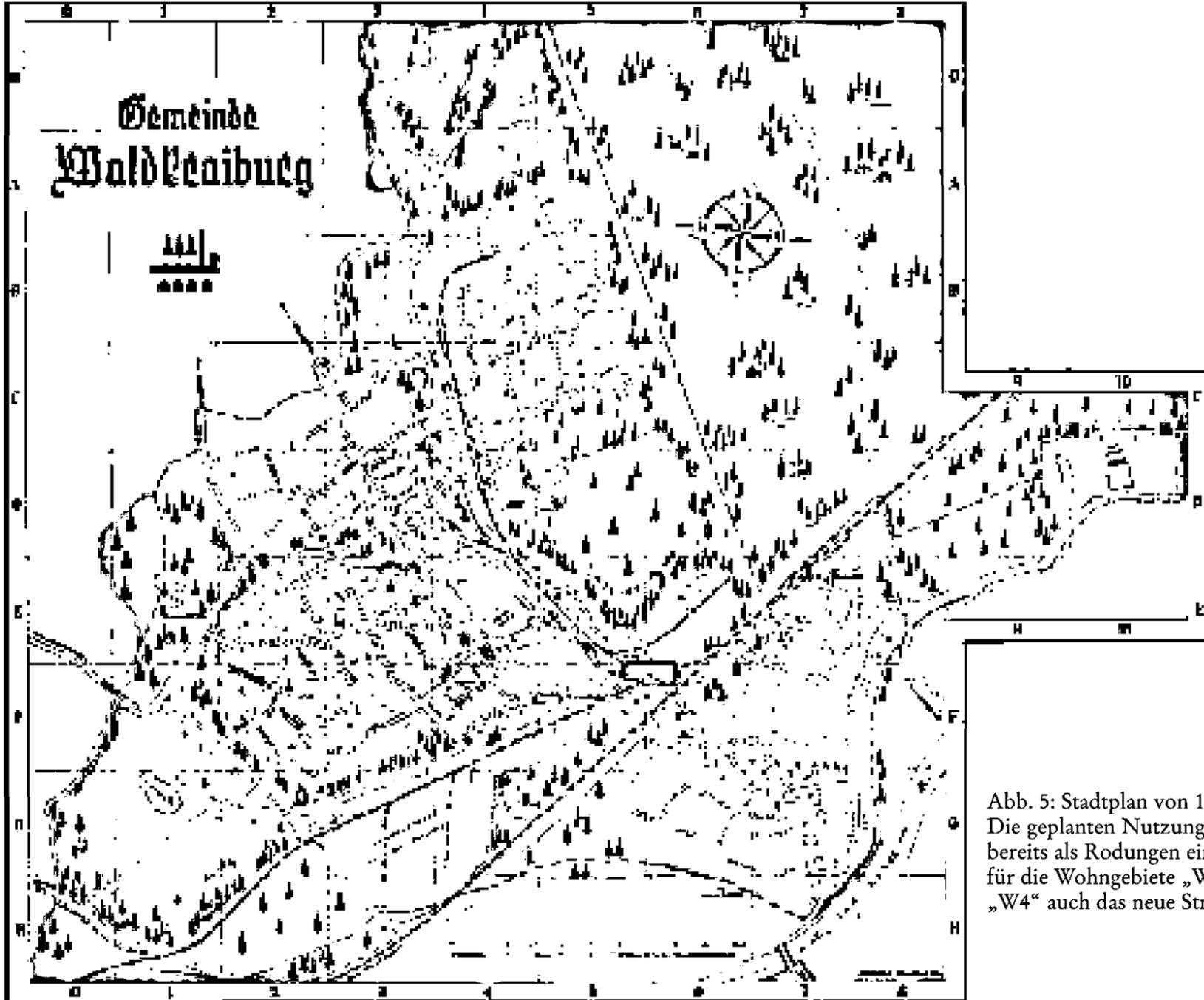


Abb. 5: Stadtplan von 1954.  
 Die geplanten Nutzungsbereiche sind bereits als Rodungen eingezeichnet – für die Wohngebiete „W2“ und „W4“ auch das neue Straßennetz.

seiner phonetischen Ähnlichkeit zu „Werk Kraiburg“ stärker an die Vorgeschichte des Ortes an als an die der Bewohner. Außerdem findet sich im ersten Stadt-wappenentwurf von Hubert Rösler die Idee der neuen „Garten-Industriestadt“ oder eher „Wald-Industriestadt“ fast wortwörtlich ins Bild übertragen. Das 1950 entstandene Emblem zeigt schematisch drei Bäume über einem lang gezogenen Fabrikgebäude mit hohem Schornstein, unter dem vier kleine Wohnhäuser platziert sind. Von oben nach unten gelesen ergibt sich so: Garten/Wald-Industrie-Stadt.<sup>66</sup>

Indem man in Waldkraiburg die vorhandene Struktur weiternutzte, ausbaute und zum Teil umdeutete, konnte auf dem ehemaligen Rüstungswerk eine Stadt im Sinne zeitgenössischer urbanistischer Vorstellungen geplant werden. Gerade dazu gab es beim Wiederaufbau meist keine Möglichkeit. Obwohl die Kriegszerstörungen die Planer auf eine komplette Neustrukturierung der Städte hatten hoffen lassen, scheiterte eine übergeordnete Planung meist an privaten Eigentumsrechten. Auch frühe Neubauten hatten bereits vor größeren kommunalen Planungen einen Status quo geschaffen, der berücksichtigt werden musste. Forderungen nach einer Reform des Bau- und Bodenrechts verhallen in der Regel ungehört.<sup>67</sup> Gerade die Notlösung der Neubebauung ehemaliger Militäranlagen hat im Fall von Waldkraiburg dagegen die Entstehung einer „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ ermöglicht.

#### *Vorgeschichte und Verbreitung der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“*

Auch wenn die Nachbarschaftsgliederung in der Nachkriegszeit hochaktuell war, war sie doch nicht neu. Die Autoren und Planer der 1950er Jahre verwiesen selbst häufig auf das Konzept der „neighborhood units“ von Clarence Arthur Perry, das dieser schon 1929 publiziert hatte, oder auch auf frühere Gliederungsmodelle wie zum Beispiel Ebenezer Howards Gartenstadt von 1898.<sup>68</sup> Aufgrund der ideologischen Aufladung des Modells im Nationalsozialismus verschwiegen die Autoren jedoch dessen Fortführung im eigenen Land, obwohl es ab dem Ende der 1930er Jahre immer mehr Verbreitung gefunden hatte.<sup>69</sup> In Waldkraiburg konnten die Planer dementsprechend auf ein bekanntes und in der Planungspraxis populäres Schema zurückgreifen.

Die Idee einer gestaffelten Gliederung des Stadtgebiets wie auch die der Durchgrünung und Funktionstrennung wurden zum Beispiel bei der Neugründung von Salzgitter aufgenommen, bei der sich der Planer Fritz Rechenberg intensiv mit der Frage der zahlenmäßigen Verteilung von Bewohnern und Versorgungseinrichtungen

<sup>66</sup> Kern: Waldkraiburg erzählt 314 f. (vgl. Anm. 11).

<sup>67</sup> Durth/Gutschow: Träume in Trümmern (1988). Bd. 1, 145 (vgl. Anm. 5). – Dies.: Träume in Trümmern (1993) 384-386 (vgl. Anm. 5). – Düwel/Gutschow: Städtebau in Deutschland 165 (vgl. Anm. 5).

<sup>68</sup> Durth/Gutschow: Träume in Trümmern (1993) 298 und 300 (vgl. Anm. 5). – Zu weiteren Vorläufern einer gegliederten Stadt ab dem Ende des 19. Jahrhunderts siehe Albers: Zur Entwicklung der Stadtplanung 290-295 (vgl. Anm. 3).

<sup>69</sup> Vgl. dazu v.a. Lammert, Peter: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt vor und nach 1945. Eine Skizze zur Planungsgeschichte. In: Die alte Stadt. Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 14 (1987) 352-366. – Durth/Gutschow: Träume in Trümmern (1993) 295-304 (vgl. Anm. 5).

beschäftigt hatte. Publiziert wurden seine Ergebnisse als Gesamtkonzept 1939 unter dem Titel „Die neue Stadt“<sup>70</sup> vom damaligen Professor für Landesplanung und Städtebau in Berlin, Gottfried Feder, als dessen Assistent Rechenberg zu dieser Zeit arbeitete.<sup>71</sup> Die Arbeit, die auf Kleinstädte von 20000 Einwohnern zielte, die als ideale Stadtgröße angesehen wurden, hatte großen Einfluss auf nachfolgende Planungen in Deutschland und bildete in der Folge die strukturelle Grundlage für Verteilungsberechnungen.<sup>72</sup>

Auch für die zahllosen Stadtplanungen, die nach dem Überfall auf Polen für die besetzten Gebiete in Ost- und Ostmitteleuropa entstanden, wurde das Schema der Nachbarschaftsgliederung und Funktionstrennung 1942 als „Richtlinien für die Planung und Gestaltung in den eingegliederten deutschen Ostgebieten“ zum Maßstab erhoben.<sup>73</sup> „Die gegliederte und aufgelockerte Stadt“ von Göderitz, Rainer und Hoffmann stellt einen Beleg für die planerische Kontinuität über 1945 hinweg dar. Die Arbeit daran war schon vor Kriegsende abgeschlossen gewesen, eine Überarbeitung vor der Drucklegung 1957 erfolgte nicht.<sup>74</sup> Sehr plastisch zeigt sich die bruchlose Fortführung der Planungsgedanken am Stadtschema der Publikation, das bis auf kleine gestalterische Änderungen der schematischen Darstellung einer Kreisstadt aus der Reihe „Siedlungsgestaltung aus Volk, Raum und Landschaft“ von 1943 entspricht.<sup>75</sup> Diese Schriftenreihe des Reichsheimstättenamtes wiederum diente als Planungshilfe für den Städtebau in den besetzten Gebieten Ost- und Ostmitteleuropas.<sup>76</sup>

Etwa mit Kriegsbeginn begannen einige der Planer, die Nachbarschaftsgliederung mit der Parteistruktur zu verknüpfen. Bereits in „Die neue Stadt“ wurden im Schlussteil eines Beispielentwurfes die verschiedenen Ebenen der Stadt denjenigen der „Zelle“, „Ortsgruppe“ und dem „Kreis“ der NSDAP zugeordnet. Das Ergebnis der Parallelisierung von Stadt- und Parteigliederung begrüßte Feder im Begleittext als Realisierung einer „totale[n] Stadt“.<sup>77</sup> In dieser Version war das Konzept „der

<sup>70</sup> Feder, Gottfried: Die neue Stadt. Versuch der Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung. Berlin 1939.

<sup>71</sup> Rechenberg wird jedoch nicht als Mitautor genannt, obwohl der Großteil der Sachinformationen von ihm erarbeitet wurde. Nach seiner eigenen Aussage stammte „der eigentliche und wissenschaftliche Material-Teil“ von ihm selbst; er habe ihn bereits 1935 für seine Dissertation „Die günstigste Stadtgröße“ erarbeitet. Die Aussage wird von der Tatsache gestützt, dass sich Rechenberg – im Gegensatz zu Feder – schon in Salzgitter mit Verteilungsberechnungen beschäftigt hatte. Schneider, Christian: Stadtgründung im Dritten Reich. Wolfsburg und Salzgitter. Ideologie – Ressortpolitik – Repräsentation. München 1979, 63, 74 und 135 f. – Durth/Gutschow: Träume in Trümmern (1993) 233 f. (vgl. Anm. 5).

<sup>72</sup> Münk, Dieter: Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung ideologisch fundierter Leitbilder in Architektur, Städtebau und Raumplanung des Dritten Reiches. Bonn 1993, 384.

<sup>73</sup> Durth/Gutschow: Träume in Trümmern (1988). Bd 1, 45-50 (vgl. Anm. 5).

<sup>74</sup> Göderitz/Rainer/Hoffmann: Die gegliederte Stadt 5 (vgl. Anm. 43).

<sup>75</sup> Ebenda 26. – Siedlungsgestaltung aus Volk, Raum und Landschaft. Die Gestaltung der Kreisstadt. Berlin 1943, Nr. 55, o. S. (Planungshefte des Reichsheimstättenamtes der Deutschen Arbeitsfront/Hauptabteilung Städtebau und Wohnungsplanung 9).

<sup>76</sup> Durth/Gutschow: Träume in Trümmern (1993) 252 (vgl. Anm. 5).

<sup>77</sup> Feder: Die neue Stadt 467 (vgl. Anm. 70). – Als wichtigste Rezipienten dieser Idee, die im

gegliederten und aufgelockerten Stadt“ auch in den „Richtlinien“ von 1942 vorgegeben und wurde im November 1944 von Albert Speer zur verbindlichen Methode des Wiederaufbaus in Deutschland erklärt.<sup>78</sup>

Auch nach 1945 verlor „Die neue Stadt“ als Handbuch für die Stadtplanungspraxis nicht an Bedeutung, dass sie für Waldkraiburg herangezogen wurde, ist nicht unwahrscheinlich. Sie behielt „den Rang eines Standardwerks“<sup>79</sup> und wird noch in der neueren Literatur als „lange nach dem Krieg das einzige ernst zu nehmende Planungsbuch mit wissenschaftlichem Anspruch“<sup>80</sup> bezeichnet. Wegen seiner offensichtlichen nationalsozialistischen Ausrichtung wurde das Handbuch allerdings in öffentlichen Institutionen nicht mehr unverhohlen verwendet. Die positive Einschätzung des Werkes als Planungsgrundlage beruhte zum einen auf dem Mangel an Alternativen für Verteilungsberechnungen, der bis in die späten 1960er Jahre herrschte,<sup>81</sup> zum anderen auf einer ideologischen und sachlichen Zweiteilung, die sich mit der Arbeitsteilung der Autoren Feder und Rechenberg deckt: Während der empirische Teil hauptsächlich von Fritz Rechenberg erarbeitet wurde, gehen Einleitung und Schluss, mit direkten Verknüpfungen von Stadtplanung und nationalsozialistischer Ideologie, auf den Herausgeber Gottfried Feder zurück. Dieser war nicht nur NSDAP-Mitglied der ersten Stunde, sondern hatte auch zahlreiche antisemitische und antikapitalistische Schriften verfasst.<sup>82</sup>

In der Stadtplanung für Waldkraiburg deuten – neben der weiten Verbreitung der „neuen Stadt“ in Planungämtern – die dort benutzten Größenangaben der Gliederungsberechnungen und infrastrukturellen Verteilung auf die Verwendung dieses Modells hin. Aus dem Einzugsgebiet einer Volksschule mit jeweils acht Klassen für Jungen und Mädchen leitete Rechenberg eine Nachbarschaftsgröße von 3 500 Einwohnern für eine hier so genannte Siedlungszelle ab, in der sich neben der Schule „eine ganze Reihe von Läden und sonstigen Einrichtungen“ befinden sollte. In Waldkraiburg wurden die entsprechend ausgestatteten „Siedlungsgemeinschaften“ für 2 500 bis 4 000 Personen veranschlagt, wobei man sich später mit 3 000 bis 4 000 Personen pro Wohngebiet sogar noch mehr an die in „Die neue Stadt“ beschriebe-

---

Gegensatz zu Feder die parteipolitische Ausrichtung der Stadtplanung zum eigentlichen Ziel erklärten, sind Konstanty Gutschow als Stadtplaner in Hamburg, Hans Bernhard Reichow in Stettin, Wilhelm Wortmann in Bremen und Carl Culemann in Danzig zu nennen. *Münk*: Organisation des Raumes 383 und 390 (vgl. Anm. 72).

<sup>78</sup> *Lammert*: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt 354 (vgl. Anm. 69). – Nach dem Krieg distanzierte man sich stillschweigend von den expansions- und parteipolitischen Kontexten, was umso leichter fiel, als das Konzept der Nachbarschaftsgliederung in ganz Westeuropa und den USA weiterhin bestimmend war und man in Deutschland schon während des Krieges auch Planungen im Ausland verfolgt hatte. Die Verweise auf englische oder amerikanische Autoren zusammen mit einer Entnazifizierung der Planungssprache machten es leicht, die NS-Tradition auszublenden. Sie wurde erst in den 1980er Jahren problematisiert. *Durth/Gutschow*: Träume in Trümmern (1993) 238, 261 und 298-302 (vgl. Anm. 5). – *Durth*, Werner: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970. München 1992.

<sup>79</sup> *Durth/Gutschow*: Träume in Trümmern (1993) 234 (vgl. Anm. 5).

<sup>80</sup> *Lammert*: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt 363 (vgl. Anm. 69).

<sup>81</sup> *Reinborn*: Städtebau 150 (vgl. Anm. 50).

<sup>82</sup> *Münk*: Organisation des Raumes 278-281 (vgl. Anm. 72).

nen Idealgrößen annäherte. Auch die für Waldkraiburg vorgesehene Gesamteinwohnerzahl entsprach mit 20 000 Personen der von Rechenberg propagierten Idealgröße einer Kleinstadt. Im Vergleich dazu sah Perry 4 800 Bewohner pro Nachbarschaft vor, während Göderitz, Rainer und Hoffman mit Verweis auf Perry 4 000 bis 6 000 Personen vorschlugen.<sup>84</sup>

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Konzepte der „neuen Stadt“, die auf direktem oder indirektem Weg in die Planung für Waldkraiburg eingeflossen sind, durch die beratende Tätigkeit der oberbayerischen Ortsplanungsstelle eingebracht wurden. Hubert Rösler war durch seine vorherige Arbeit als Architekt kaum mit Stadtplanung vertraut und auch die frühere Planungszusammenarbeit mit Fritz Noppes zeigt keine Absichten, eine Nachbarschaftsgliederung anzuregen. Somit darf man sich eher die Planungsbehörde, die möglicherweise mit einer Ausgabe der „neuen Stadt“ ausgestattet war, als Initiatorin dieser ganz im Zeitgeist liegenden Stadtstruktur vorstellen.<sup>85</sup>

#### *Luftschutz und Heimatschutz – Die Wechselwirkung von Rüstungs- und Stadtplanung*

Für die Stadtplanung in Waldkraiburg ist die Vorgeschichte der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ vor allem deshalb wichtig, weil der Bau des Pulverwerkes zwischen 1939 und 1941 genau in die Zeit der Popularisierung dieses Konzeptes fiel, in der sich zugleich auch eine Annäherung von militärischen und zivilen Planungsgrundsätzen feststellen lässt. Durch Diskussionen über den Luftschutz im Städtebau wurde die Entwicklung einer aufgelockerten Stadt schon vor dem Zweiten Weltkrieg im internationalen Maßstab als urbanistisches Ideal befördert. Auch in Deutschland prägte das Thema Luftschutz ab 1938 die städtebaulichen Debatten und wurde als wichtiges militärisches Argument für die „gegliederte und aufgelockerte Stadt“ angeführt. Neben der Weiträumigkeit wurden vor allem die unabhängig funktionierenden Nachbarschaften als Vorteil genannt.<sup>86</sup> Endgültig zum Durchbruch verhalfen dem Konzept paradoxerweise die flächendeckenden Bombenschäden in den deutschen Städten ab 1942, die die Umgestaltung der Städte nach den Prinzipien der Durchgrünung und Auflockerung erst ermöglichten.<sup>87</sup> Als die „aufgelockerte Stadt“

<sup>83</sup> Erläuterungsbericht 10 und 12 (vgl. Anm. 34). – Franz (Red.): Waldkraiburg 31-34 (vgl. Anm. 11). – Feder: Die neue Stadt 2 und 19 (vgl. Anm. 70).

<sup>84</sup> Durth/Gutschow: Träume in Trümmern (1993) 298 und 300 (vgl. Anm. 5).

<sup>85</sup> Zur früheren Planung vgl. auch Anm. 24. – Zu den damaligen Mitarbeitern der Ortsplanungsstelle liegen bisher keine Informationen vor.

<sup>86</sup> Kautz, Dietrich: Stadtentwicklung in der Polarität städtebaulicher Leitbilder. Das Beispiel Wolfsburg. In: Die alte Stadt 15 (1988) 163. – Lammert: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt 364 (vgl. Anm. 69). – Auch Konstanty Gutschow warb Ende 1940 für sein Konzept der Hamburger Stadtlandschaft als „luftangriffssichere Gliederung größerer Siedlungsgebilde“. Durth/Gutschow: Träume in Trümmern (1993) 239 (vgl. Anm. 5).

<sup>87</sup> Durth, Werner/Gutschow, Niels: Vom Architekturraum zur Stadtlandschaft. Wandlungen städtebaulicher Leitbilder unter dem Eindruck des Luftkrieges 1942-1945. In: Schildt, Axel (Hg.): Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg. Frankfurt/Main, New York 1988, 326-359.

im November 1944 daraufhin zur verbindlichen Richtlinie erhoben wurde, verschwanden die axialen Anlagen und Monumentalbauten aus den Wiederaufbauplänen. Die Zerstörungen boten die Möglichkeit für die Anlage breiter Verkehrsschneisen und großzügiger Grünanlagen, die zugleich weitere Schäden begrenzen sollten.<sup>88</sup> Auch lange nach 1945 blieb der Luftschutz ein städtebauliches Argument für aufgelockerte Städte.<sup>89</sup>

Bei den Planungsvorgaben für die besetzten Gebiete in Ost- und Ostmitteleuropa wurde zusätzlich die Aufgliederung von Industriegebieten gefordert, um größere Schäden bei Luftangriffen zu vermeiden:

Die *Industrie- und Gewerbegebiete* sind [...] untereinander abzusetzen, [...] um den Erfordernissen des Luftschutzes Rechnung zu tragen. Auch für Industriegebiete ist daher in größeren Städten die Aufgliederung in mehrere Zellen notwendig.<sup>90</sup>

Die Richtlinien lesen sich hier wie ein Bauprogramm für das Pulverwerk. Denn genau diese Aufgliederung wurde aus den gleichen Gründen beim Kraiburger Werk umgesetzt und ermöglichte später die „kurzen Wege“ zu den neu eingefügten Wohngebieten. Daneben entspricht die Funktionstrennung im Werk durch die Bahngleise dem städtebaulichen Planungsschema bei Göderitz, Rainer und Hoffmann, und so auch dem Modell von 1943 (Abb. 2 und 3). Die Rüstungswerke orientierten sich damit an städtebaulichen Prinzipien, die wiederum zu dieser Zeit (auch) militärisch begründet wurden. Zusätzlich weist das Werk Kraiburg mit seinen separaten Unterkunftsgebieten für Deutsche einerseits und ausländische Zwangsarbeiter andererseits eine pervertierte Parallele zum städtischen Nachbarschaftsgedanken auf.

Die Aufgliederung des Produktionsareals und der Quartiere sowie die großzügige Einbettung der Anlage in das Waldgebiet lieferten in Ansätzen schon die Hauptmerkmale der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“. An der Einbeziehung des Luftkriegs in die urbanistischen Überlegungen seit dem Ende der 1930er Jahre zeigte sich eine Angleichung der Vorgaben für militärische und zivile Planungen, die auch erklären, warum die Umnutzung des Rüstungswerks Kraiburg zur gegliederten Stadt Waldkraiburg relativ einfach war.

In den Wohngebieten für Waldkraiburg spiegeln sich in gestalterischer Hinsicht sowohl diese Annäherung als auch bauliche Kontinuitäten über das Kriegsende hinweg wider. Die ersten Bebauungspläne wurden 1950 und 1951 für das Gelände der Barackenlager und der Werkssiedlung sowie für das zwischen den beiden Produk-

<sup>88</sup> *Dwrth*, Werner: Stadtplanung 1930-1950. Zwischen Kontinuität und Bruch. In: *Ders./Nerdinger*, Winfried (Red.): Architektur und Städtebau der 30er/40er Jahre. Ergebnisse der Fachtagung in München 1993. Bonn 1994, 33-35 (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz 48). – *Dwrth*: Deutsche Architekten 243-245 (vgl. Anm. 78).

<sup>89</sup> Nunmehr wurden vor dem Hintergrund des Kalten Krieges die gleichen Argumente angeführt. *Höbns*, Ulrich: „Neuaufbau“ als Hoffnung, „Wiederaufbau“ als Festschreibung der Misere. Marshallplan und Wohnungsbau in der Bundesrepublik nach dem Kriege. In: *Schulz*, Bernhard (Hg.): Grauzonen – Farbwelten. Kunst- und Zeitbilder 1945-1955. Berlin, Wien 1983, 85-104, hier 98 f.

<sup>90</sup> Zitiert nach *Dwrth/Gutschow*: Träume in Trümmern (1988). Bd. 1, 48 f. (vgl. Anm. 5). Hervorhebung im Original.

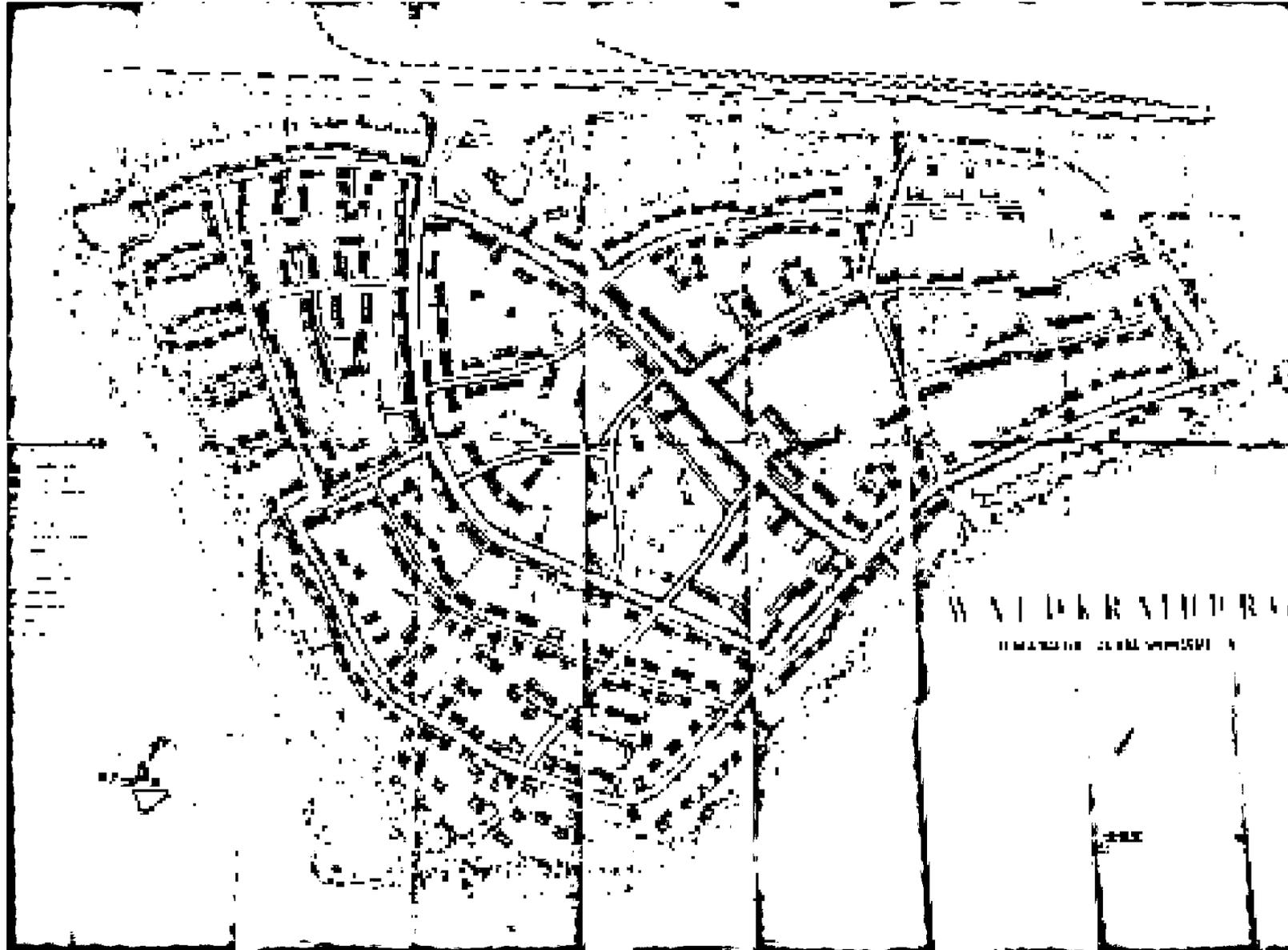


Abb. 6: Bebauungsplan für das Wohngebiet 4 von 1952. In der Mitte der zentrale Platz mit der Kirche im Südosten. Auf der nordöstlich anschließenden Freifläche ist ein Sportplatz für die dort geplante Schule verzeichnet.

tionsarealen gelegene Gebiet erstellt (Abb. 5). In den Plänen sieht man parallel oder senkrecht zum Straßenverlauf gesetzte Hausgrundflächen in unregelmäßigem Baulinienverlauf (Abb. 6). Im Zentrum der Wohngebiete verbreitert sich die Hauptstraße zu einem angerartigem Platz, an dem Kirche und Läden für die jeweiligen „Siedlungsgemeinschaften“ vorgesehen sind. Durch die Zentrumsgestaltung zusammen mit der kleinteiligen und asymmetrisch angelegten Bebauung ergibt sich ein fast dörfliches Bild, wie es auch im Erläuterungsbericht für den Wirtschaftsplan beschrieben wird.<sup>91</sup>

Die Bebauungspläne der Wohngebiete knüpften an schon zuvor anerkannte Formen der Siedlungsgestaltung an. Für neue Siedlungsprojekte war bis 1945 das Reichsheimstättenamt zuständig gewesen, das 1934 Richtlinien für deren bauliche Gestaltung erlassen hatte. Diese orientierten sich an den Anfang des Jahrhunderts entstandenen Gartenstadtsiedlungen und den Ideen der Heimatschutzbewegung. Deren Grundsätze wurden wiederum über die Stuttgarter Schule und vor allem den Stuttgarter Professor Heinz Wetzel zu einem Grundstein der gestalterischen Richtlinien des Reichsheimstättenamtes. Wetzel forderte ein „organisches“ Einfügen der Siedlung in die Geländeform, wobei er mittelalterliche Städte als Vorbilder angab. An Stichstraßen zu Gruppen zusammengefasste Gebäude nannte auch Wetzel Nachbarschaften, meinte damit aber ein räumlich-soziales Gliederungsprinzip und keine Verteilungsstruktur gewerblicher, kultureller und sozialer Einrichtungen.<sup>92</sup>

Die Grundsätze der Stuttgarter Schule wurden auch in Waldkraiburg angewendet, wobei das Einfügen in die Geländeform durch eine bloße Übernahme geschwungener Wege ohne deren topografische Notwendigkeit ersetzt wurde. Auch die Wetzel'schen Nachbarschaften um kleine Stichstraßen finden sich in den Wohngebieten. Einen direkten Bezug stellt das verwendete Planungsvokabular der „selbständigen Dörfer“ oder „dörflichen Siedlungen“ dar,<sup>93</sup> die man in Waldkraiburg anstrebte. In den Publikationen des Reichsheimstättenamtes war entsprechend der „dörfliche Charakter der kleinen Gemeinden mit Eigenleben“ für neue Siedlungen gefordert worden.<sup>94</sup>

Ab 1936 hatten die Grundsätze der Stuttgarter Schule vom Reichsheimstättenamt vor allem den so genannten Vierjahresplansiedlungen – das heißt den neuen Industriestandorten in Vorbereitung der Aufrüstung –, als Grundlage gedient, zu denen auch das Werk Kraiburg zählte.<sup>95</sup> Damit wurden die Gestaltungsrichtlinien für zivile Bauaufgaben in der gleichen Form auf die Wohnbereiche militärischer Bauprojekte angewendet. Doch auch für das Produktionsgelände lassen sich am Beispiel von Waldkraiburg Parallelen zum Siedlungsbau feststellen. Die Straßen der Wohngebiete ähneln in ihrer Unregelmäßigkeit und geschwungenen Führung den Betonstraßen

<sup>91</sup> Stadtarchiv Waldkraiburg, Bauakten, Akt.-Nr. 6.10.13-14 und Akt.-Nr. 6.10.15-16. Bebauungspläne für die Wohngebiete 2 und 4.

<sup>92</sup> *Schneider*: Stadtgründungen im Dritten Reich 117-120 (vgl. Anm. 71). – *Münk*: Organisation des Raumes 213 (vgl. Anm. 72).

<sup>93</sup> Programm für Bebauungsplan 7 (vgl. Anm. 57). – *Franz* (Red.): Waldkraiburg 34 (vgl. Anm. 11).

<sup>94</sup> Zitiert nach *Münk*: Organisation des Raumes 212 (vgl. Anm. 72).

<sup>95</sup> Zu den Vierjahresplansiedlungen vgl. *ebenda* 190-202.

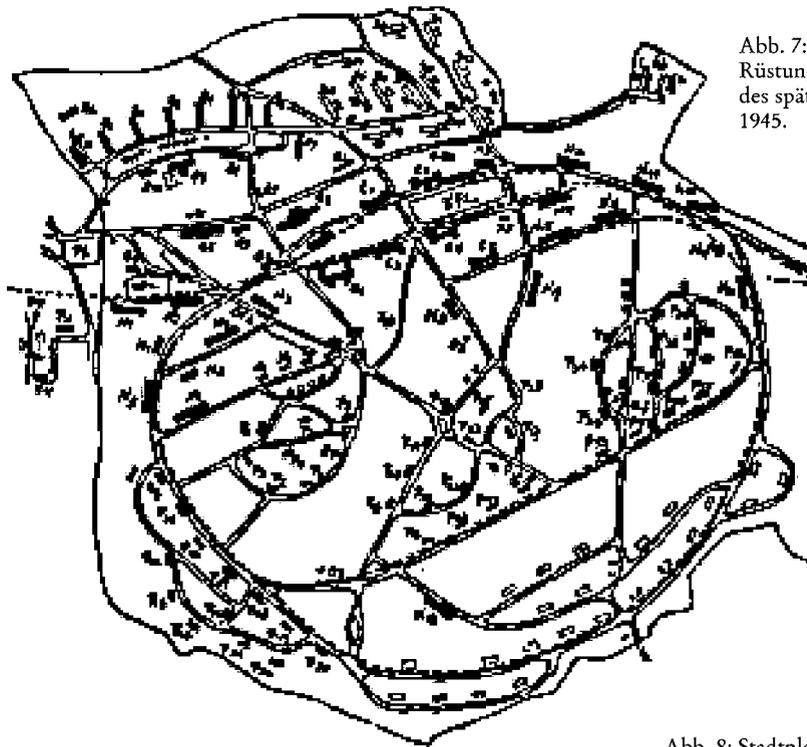


Abb. 7:  
Rüstungswerksgelände  
des späteren Traunreut,  
1945.

Abb. 8: Stadtplanungsmodell  
für Traunreut, 1954.



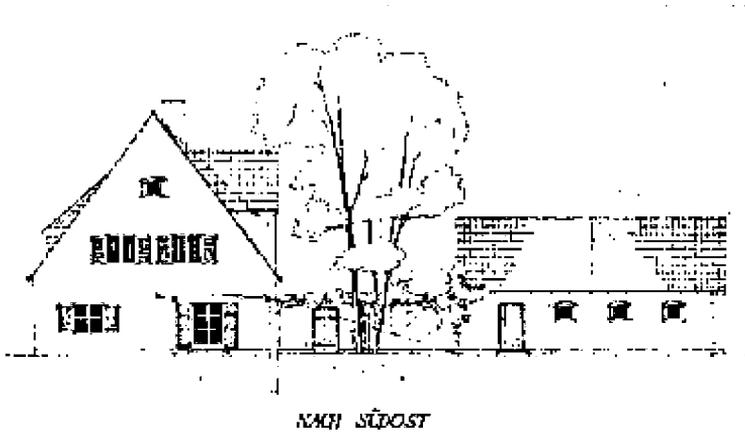


Abb. 9: Wohnhaus für Angestellte des Rüstungswerks.  
Fassadenzeichnung von 1941.



Abb. 10: Wohnhaus der „Bayerlandsiedlung“ für Waldkraiburg.  
Fassadenzeichnung von 1950.

des Rüstungswerkes und setzen diese formal fort, sodass bei der Anlage des Rüstungswerkes die gleichen „organischen“ Straßenverläufe entstanden, wie sie Heinz Wetzel für den Siedlungsbau vorsah. Wie im Städtebau führten zum einen Luftschutzargumente, zum anderen solche für ein gesundes und ästhetisches Wohnen zum gleichen Ergebnis. Zwar wurde die Straßenführung im Falle der Vertriebenenstädte erst nachträglich für Wohngebiete verwendet, doch ist die geschwungene Wegeführung nahezu identisch mit der der Stuttgarter Schule. Das gleiche Phänomen lässt sich auch für Traunreut nachweisen, wo die Wohnhäuser in das ehemalige Werksgelände eingesetzt wurden und sich so fast „organische Siedlungen“ im Wetzelschen Sinne ergaben (Abb. 7 und 8).

Die eingangs konstatierte Kontinuität im Siedlungsbau lässt sich auch an der Architektur der Wohnhäuser feststellen. Die erste größere Siedlung von Einfamilienhäusern wurde in Waldkraiburg 1950 in dem Wohngebiet gebaut, in dem sich auch die Werksquartiere mit der Meister- und Plutokratensiedlung für die leitenden Angestellten und Facharbeiter befanden. Die Wohnhäuser von 1939 und diejenigen der „Bayerlandsiedlung“ von 1950 gleichen sich trotz der dazwischen liegenden elf Jahre und des Systemwechsels in Dachneigung, Zwerchgiebel, Fensterverteilung und Anbauten auf geradezu minutiöse Weise (Abb. 9 und 10). Man bediente sich für die Einfamilien- und Doppelhäuser eines typisierten Heimatstils, der ebenfalls zu den Vorgaben für den Siedlungsbau des Reichsheimstättenamtes gehörte. Dass auch nach 1945 das architektonische Vokabular der Stuttgarter Schule verwendet wurde, ist jedoch keineswegs ein Sonderfall in Waldkraiburg, sondern traf in der Nachkriegszeit besonders auf Neubausiedlungen in Klein- und Mittelstädten in der ganzen Bundesrepublik zu.<sup>96</sup>

Wie einerseits ab dem Ende der 1930er Jahre der Städtebau an Luftschutzprinzipien ausgerichtet wurde, flossen andererseits auch Aspekte der zivilen Siedlungsplanung in militärische Bauprojekte ein. Als dörflich, traditionell und idyllisch konnotierte Hausformen, Straßen- und Platzanlagen wurden den Rüstungsproduktionsstätten angegliedert. Indem man in Waldkraiburg die gängige Gestaltung von Neubausiedlungen verwendete, knüpfte man zugleich an die Wohnbebauung des Rüstungswerkes an.

#### *Sudetendeutsche Dächer oder Sudetendeutsche Straße? – Die Außendarstellung als Vertriebenenstadt*

Dieses Anknüpfen an die Bebauung des Rüstungswerkes wurde im Nachhinein als Rekurs auf die gewohnten Bauformen der sudetendeutschen Neubürger gedeutet. So hieß es in den „Waldkraiburger Nachrichten“ 2001 über die Einfamilienhäuser der Bayerlandsiedlung: „Charakteristisch – direkt an den im Sudetenland vorherrschenden Baustil angelehnt – ihre äußerst spitzen Dächer.“<sup>97</sup> In der zeitgenössischen

<sup>96</sup> Frank, Hartmut: Trümmer. Traditionelle und moderne Architekturen im Nachkriegsdeutschland. In: Schulz (Hg.): Grauzonen – Farbwelten 43-83, hier 55 (vgl. Anm. 89).

<sup>97</sup> kha [Klaus Hallmann]: Das erste neue Haus. Bauingenieur Anton Antosch erstellte Pläne. In: Waldkraiburger Nachrichten vom 8. Mai 2001, 15.

Literatur war dagegen gerade die fehlende regionale Spezifik der Architektur als Merkmal der Vertriebenenstädte hervorgehoben worden, zu der unter anderen Elisabeth Pfeil schrieb: „Die Hausformen lassen die Herkunft der Bewohner nicht erkennen.“<sup>98</sup> Darin zeigt sich die semantische Offenheit des typisierten Heimatstils, wie er besonders für Einfamilienhäuser in Waldkraiburg und generell in der Nachkriegszeit verwendet wurde. Ohne tatsächliche Regionalspezifik entsprach er Vorstellungen eines dörflichen Grundschemas und konnte – wie die Zitate zeigen – als Werkssiedlung oder erste Neubauten der Stadt ebenso gut wie als Erinnerung an die Heimat gelesen werden.

Generell nutzten die Bewohner anstelle einer architektonischen Selbstverortung jedoch die Straßennamen, wie Graslitzer oder Reichenberger Straße, um die eigene Identität oder auch die Spezifik der Siedlung zu vermitteln. Auch Bauplastiken, wie in Waldkraiburg ein Rübzahlbrunnen oder ein Glasbläserpaar als Portalschmuck, dienten diesem Zweck. Inzwischen spielt zudem das Pulverwerk selbst als geschichtliche Referenz eine wichtige Rolle. So werden in Waldkraiburg und anderen Städten zum Beispiel seit einigen Jahren Faltblätter zum „Weg der Geschichte“ herausgegeben, die es Interessierten ermöglichen, die baulichen Reste des Pulverwerks räumlich zu erfahren. Wie die zitierte Lesart der Bayerlandsiedlung zeigt, kann die Referenz zum Rüstungswerk auch mit nachträglichen architektonischen Bezügen zu den Herkunftsgebieten der ersten Bewohner ineinanderfließen.

#### *Fazit*

Obwohl viel zu den Vertriebenenstädten publiziert wurde, sind grundlegende Aspekte bisher unzureichend berücksichtigt worden. Zur Beantwortung der Frage, wie und warum es zur Gründung der Städte auf den Rüstungswerken kam, wurde auf die verschiedenen Akteursgruppen und Motive bisher zu wenig eingegangen. Das Zusammenspiel von sudetendeutscher Eigeninitiative, bayrischen Ansiedlungsbestrebungen und amerikanischen Konzessionen bei Entmilitarisierungsarbeiten ist, wenn überhaupt, nur verstreut zu finden und wurde hier am Beispiel von Waldkraiburg exemplarisch aufgezeigt. Doch auch als geplante Städte und Umnutzungen militärischer Anlagen wurden die Neugründungen bisher nicht ernst genommen, weshalb auch die bau- und architekturgeschichtlichen Aspekte dieser Synthese unbeachtet blieben.

Mit Waldkraiburg sollte eine Stadt entstehen, die genau den Ansprüchen der zeitgenössischen Planungsdebatten entsprach: eine von viel Grün durchzogene, nach Wohngebieten und Industrie getrennte und in selbstständige „Nachbarschaften“ gegliederte Stadt. Dabei sollten die Wohngebiete über eine eigene Kirche, Schule, Gasthaus und Läden verfügen und darüber hinausgehende Einrichtungen im gemeinsamen Stadtzentrum zu finden sein. Während sonst im Wiederaufbau das Ideal der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ nur in Stadtrandsiedlungen realisiert werden konnte, wurde hier eine neue Stadt nach den Wunschvorstellungen der Zeit gebaut.

<sup>98</sup> Pfeil: Städtische Neugründungen 511 (vgl. Anm. 10).

Um diese neue Stadt zu bauen, wurden die Grundstrukturen des Rüstungswerkes übernommen und lediglich um weitere Wohnviertel ergänzt. Die dezentrale Doppelstruktur des Produktionsgeländes machte es notwendig und zugleich möglich, die verbleibenden Freiflächen als weitere Nachbarschaften auszulegen und die Industrie- und Gewerbegebiete ebenfalls zu untergliedern. Auch die Lage in einem geschlossenen Waldgebiet legte die Abgrenzung der Funktionsbereiche durch Parkstreifen und damit eine großzügige Durchgrünung der Stadt nahe.

Das Ineinandergreifen von Rüstungswerk und städtebaulichem Nachkriegsideal in Waldkraiburg erklärt sich aus der Annäherung von militärischer und ziviler Planung ab dem Ende der 1930er Jahre. Dieses Idealbild der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“, dessen Nachbarschaftsgedanke schon in den 1920er Jahren in den USA entwickelt worden war, bestimmte in Deutschland ab diesem Zeitpunkt die Planungskonzepte. Seine Verbreitung fand es vor allem in Form des 1939 erschienenen Handbuchs „Die neue Stadt“, das bis in die 1960er Jahre für Verteilungsberechnungen in Kleinstädten als Hauptnachsschlagewerk diente und auch in Waldkraiburg herangezogen worden sein könnte. Ein Grund für den zeitgenössischen Erfolg des Konzepts war das Argument der erhöhten Sicherheit im Falle eines Luftkrieges wegen der weiträumigen Anlage und Unabhängigkeit der einzelnen Wohnviertel. In der Folge der Durchsetzung des militärischen Denkens im Städtebau wurden Argumente wie zum Beispiel die Aufgliederung der Industriegebiete, die bis dahin nur für ein explosionsgefährdetes Rüstungswerk gegolten hatten, auch für Städte relevant.

Zugleich finden sich auch im Pulverwerk Kraiburg Anleihen und formale Parallelen zu zivilen Planungstheorien der Zeit. Die allgemeinverbindlichen Siedlungsgrundsätze des Stuttgarter Professors Heinz Wetzel orientierten sich in Haus-, Straßen- und Platzformen an mittelalterlichen und dörflichen Vorbildern – und wurden für Stadtrandsiedlungen genauso verwendet wie für die militär-industriellen Bauprojekte. Die Aufgliederung der Quartiersbereiche im Kraiburger Werk mit jeweils eigenen Versorgungseinrichtungen ähnelt außerdem dem Nachbarschaftskonzept im Städtebau und konnte in Waldkraiburg für diesen adaptiert werden. Auch die geschwungene Straßenführung im Werksgelände, die Tarnung und Luftschutz diente, gleicht formal der unregelmäßigen Straßenführung bei Heinz Wetzel, was sich besonders bei deren tatsächlicher Umnutzung für Wohngebiete im Fall von Traunreuth zeigt.

Die Analyse der Stadtplanung für Waldkraiburg legt dar, wie aus der zunächst widersprüchlich erscheinenden Fusion von militärischem Bau und ziviler Planung eine ideale Stadt der 1950er Jahre entstehen konnte, da zum einen in den 1930er bis 1950er Jahren im Städtebau militärisch argumentiert wurde und man zum anderen beim Bau des Rüstungswerkes urbanistische Konzepte einbezogen hatte. Waldkraiburg stellt als Vertriebenstadt einen Sonderfall der Integrationsgeschichte dar, an dem sich jedoch grundlegende Interessenlagen der beteiligten Akteure kristallisieren, und als Planung einer neuen eigenständigen Stadt einen Sonderfall des Wiederaufbaus, der gerade durch die Umnutzung eines Rüstungswerkes die städtebaulichen Vorstellungen der Zeit praktisch illustriert.

*Abbildungsnachweise:*

- Abb. 1: Luftbild der Stadt Waldkraiburg. Stadtarchiv Waldkraiburg (o. Sig.).
- Abb. 2: Plan Werk Kraiburg. Stadtarchiv Waldkraiburg, A/LageP 76.
- Abb. 3: Stadtschema. Aus: *Göderitz/Rainer/Hoffmann: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt 26* (vgl. Anm. 43)
- Abb. 4: Wirtschaftsplan: Stadtarchiv Waldkraiburg, Altregistratur Stadtbauamt, Akte 610.2. Bearbeitung Jörg Dederling, Berlin.
- Abb. 5: Stadtplan Waldkraiburg. Im Besitz der Autorin.
- Abb. 6: Plan des Wohngebiets 4. Stadtarchiv Waldkraiburg, Altregistratur Stadtbauamt, 610.15/16.
- Abb. 7: Rüstungswerk Traunreut. Stadtarchiv Traunreut (o. Sig.).
- Abb. 8: Rüstungswerk Traunreut. Planungsmodell. Stadtarchiv Traunreut (o. Sig.).
- Abb. 9: Wohnhaus 1941. Stadtarchiv Waldkraiburg, A/PRü 220.
- Abb. 10: Wohnhaus 1950. Stadtbauamt Waldkraiburg, Baugenehmigungsstelle, Peter-Parler-Straße.